

# Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 24. September 1926

Nummer 39

## INHALTSVERZEICHNIS

|   |                |
|---|----------------|
| Ist Wohlstand für alle möglich? .....   | D. B.          |
| Keine Eingung mit dem Deutschen Beamtenbund .....   | D. St.         |
| Unser Mitgliederstand am 1. September 1926 .....  |                |
| Wirtschaftspolitische Theorien. V. ....   | S. Kruse       |
| Reiparts Antwort an Silberberg und Raftl .....  |                |
| Die Herr Oberregierungsrat Leube vom Reichsberkehrministerium<br>den LZGB. anslegt! .....   | St.            |
| Die graphische Darstellung in der Statistik. III. (Schluß) .....  | Dr. Chr. Fesch |
| Bildungsarbeit • Beamte • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Betriebsbetriebe<br>Landstraßenwärter • Aus unserer Bewegung • Kunstschau • Briefkasten |                |



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesiſche Straße 42 / Telephon: Moritzplatz 3105/06, 119 44



# Größte Produktion der Welt!

## Preuss. Klassenlotterie

In Sachsen und Hamburg genehmigt.

Ziehung 1. Klasse am 15. u. 16. Oktbr. 1926.

Hauptgewinn im günstigsten Falle auf ein Doppelloos:

**Zwei Millionen Reichsmark.**

**1000 000 200 000**

**500 000 100 000**

**300 000 75 000**

und sehr viele Mittelgewinne.

|                                     |     |     |      |      |            |
|-------------------------------------|-----|-----|------|------|------------|
| Jede Klasse der-<br>selbe Lospreis: | 3/8 | 1/4 | 1/2  | 3/4  | Doppelloos |
|                                     | 2.- | 6.- | 12.- | 24.- | 48.- RM.   |

Porto u. Gewinnliste 30 Pf. extra. Zahlung nach Empfang der Lose.

Gewissenhafte Zusendung der Lose und Gewinnlisten.

Städt. Lotteriede-  
Einsammler: **A. Bergemann, Berlin-W.,**

Postcheckkonto: Berlin 5667.

Bayerische Straße 12.



### Garantie-Fahrräder

mit Freilauf  
für Herren 72.- / 80.-  
für Damen

Katalog kostenlos  
von der  
Fahrradfabrik  
Siger-Gesellschaft  
Cassel 107

### Jeder Raucher

schreibt sofort an  
B. Klaus, Münch. 80  
Abt. A. Hohe Neben-  
verdienstmöglichkeit.  
Auskunft kostenlos.

### Billige böhmische Bettfedern!

Ein kg. graue, geschliss. M. 3.-,  
halbweise M. 4.-, weiße M. 5.-,  
bess. M. 6.-, 7.-, daunenweiße  
M. 8.-, 10.-, beste Sorte M. 12.-,  
14.-, weiße ungeschliss. M. 7.50,  
9.50, best. Sorte M. 11.- Versand  
portofrei, tollfrei gegen Nachn.  
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.  
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 260, d. Pilsen, Böhmen.

### 1 Woche

zur Ansicht u. geg.  
9 Monate Ziel  
erhalten solvente  
Reliektant direkt  
ab Fabrik

### in Alpacca und 90% versilberte Eibbestecke

mit 20jähr. Garant.  
Etuis und Gravie-  
rung auf Wunsch.  
Illustrierte Preis-  
liste kostenlos.

### H. Rausch

Fabrik versilberter  
Tafelbestecke  
Hisselberg 73, Bismarck 107

### Nie wieder so billig!

Elchene Speisezimmer, ca. 2 m. kompl. 490.-  
Elchene Schlafzimmer, volle Türen,  
innen Mahagoni, kompl. . . . 590.-  
Elchene Herrenzimmer kompl. . . . 275.-  
Einzelmöbel enorm billig, große Auswahl.  
Viele Gelegenheiten, trotzdem Zahngeschäftseröffnung.  
**HASEMANN'S MÖBELSPEICHER**  
Berlin, Lothringergasse 25  
(am U-Bahn-Endbahnhof Schönhauser Tor)

Die weither, echt extraktive  
**Hienfong-**  
Essen von 12 Pl. M. 3.-  
Perle extra, 30 Pl. M. 4.-  
Trank jeper Kuchens.  
Laboratorium (F)  
A. Steinbring & Co.  
Berlin-Friedrichstr. 125.

Willste Musik treiben —  
Musik Dörfel schreiben!



### MUSIK Instrumente

für Orchester, Schule und Haus  
Verlangen Sie Preisliste  
**MAX DÖRFEL**  
Klingenthal Sachs. Nr. 30

### U Lest die Urania

### Herren- Stolle

Mantelstoffe, Flanell  
u. w. kauft man am  
billigsten direkt von  
der Tuchfabrik  
**A. Rausch**  
Babilis, Pommern  
Gegründet 1866 (F)  
Uebersend. v. Mustern  
auf Anfrage kostenlos

### Arcona-Räder

Hundert I., II. und III. Preise  
Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!  
**Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!**  
100 000 km im Gebrauch!

Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den längsten u.  
schwierigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**  
Verlangen Sie Katalog gratis und franko

**Ernst Machnow** BERLIN C 64  
Waldemarstraße 14 (F)



Wälzmaschinen  
Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste  
Preise. Schallplatten Mark I.—, Ernst Heß, Nachl.,  
gegr. 1872, Klingenthal, Sa. 189. Großer Katalog gratis.

# MGM

Die Anfangsbuchstaben unserer drei von Hunderttausenden  
Meist Gerauchten Marken.  
Kennen Sie diese schon? Wenn nicht, fragen Sie den  
Händler oder beachten Sie die nächsten MGM Anzeigen  
von **KLEIN'S TABAKFABRIKEN, SCHIFFERSTADT**

# MGM

EDELLIKÖRE + SPIRITUOSEN

## Rolle's Fruchtwein

Reichenau  
ist  
beliebt bei  
Mann und  
Frau

RUDI  
FELD

VERLANGEN SIE PREISLISTE  
B.G.ROLLE REICHENAU Sa. 10

### Was sich jeder wünscht!



„Die mollige Ecke  
im eigenen Heim“  
kann sich heut  
dank meinem  
Teilzahlungssystem



oder der beschiedenste  
Haushalt leisten  
Beamte ohne Anzahlung / Mäßige Raten / Auswärts 3 Tage zur Probe  
**Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel**

Verlangen Sie Preiskatalog D oder Vertreterbesuch  
Anstellungsrumme, ohne Kautzang geföln. 9-7 Uhr  
**DEUTSCHE HEIMKUNST** (F)  
Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikate,  
Berlin, Annenstr. 24 I., u. d. Alten Jakobstraße 2. Tel.: Moritzp. 4663

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Sprechstunde: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Ist Wohlstand für alle möglich?

„Es wächst hienieden Brot genug.  
Für alle Menschentinder . . .“



Der Sozialismus erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem Wohlstand für Alle höchstes Gesetz der Staatskunst sein muß. Es ist noch nicht lange her, daß dieser Grundsatz in der „heinen Gesellschaft“ allgemein als Utopie verschrien war. Diese Periode ist endlich überwunden, und der neue Zeitgeist hat einen berechtigen Ausdruck in der deutschen Reichsverfassung gefunden. Aus diesem

Grunde ist es auch müßig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die Gesellschaft auch stets einen gedeckten Tisch für Alle hat. Allerdings finden wir heute trotz des Ueberflusses, der sich allüberall zeigt, trassette Armut und Elend. Die Not vieler Teile der Völker durchzittert die Erde und bildet die Grundlage der Klassenkämpfe unserer Tage. Und doch hat auch das Bevölkerungsproblem stets die besten Köpfe des Sozialismus beschäftigt. Das ist auch der Grund, weshalb wir uns heute mit einem Vortrage beschäftigen wollen, den der englische Gelehrte Sir Daniel Hall kürzlich in einem überfüllten Saale vor den Vertretern der englischen Wissenschaft hielt. Nach Sir Daniel Hall nähert sich die ganze Welt der Hungerlinie, stehe die Menschheit vor der Gefahr einer internationalen Hungersnot. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Worte des englischen Gelehrten in der Versammlung der hervorragendsten Wissenschaftler einen tiefen Eindruck hinterließen.

Nach Sir Daniel Hall steht die weiße Rasse der Erde vor folgendem Problem: Die jährliche Bevölkerungsvermehrung (der weißen Rasse) beträgt 5 Millionen. Nach den Berechnungen des Gelehrten braucht der Mensch zu einem menschenwürdigen Dasein pro Jahr wenigstens die Produkte von 2,2 Morgen Land. In der Tat hat dieses Verhältnis in der Zeit von 1870 bis 1920 auch zwischen Volksvermehrung und Grund und Boden bestanden. Seit jener Zeit hat sich aber die weiße Rasse um 225 Millionen vermehrt und andererseits sind 450 Millionen mehr Morgen Land der Kultivierung übergeben worden. Nun sind aber Anzeichen da, die besagen, daß der vorhandene Grund und Boden immer weniger wird. Eine jährliche Bevölkerungsvermehrung von 5 Millionen verlangt

auch jährlich einen Zuwachs von 12 Millionen Morgen Land. Nun kann aber unsere Erde diesen jährlichen Zuschuß an Land nicht liefern, während jedoch die Bevölkerung die Tendenz einer immer schnelleren Vermehrung aufweist. In keinem vorausgegangenen Jahrhundert habe eine so rapide Bevölkerungszunahme stattgefunden als im letzten. Allerdings sind die Gründe für diese Zunahme vor allem in den großen Entdeckungen und Erfindungen zu suchen, die vor etwa zweihundert Jahren einsetzten und besonders den Verkehr revolutionierten. Durch Eisenbahn und Kanäle wurde die Menschheit zu größerer Beweglichkeit gezwungen. — Was sind nun

die Möglichkeiten zur Auffindung von neuem urbarzumachenden Grund und Boden in Europa? Es gibt immer noch große Flächen Wälder, Sümpfe und Hügel, aber die Kosten der Urbarmachung an Kapital und Arbeit sind sehr groß und der zu erwartende Ertrag steht in gar keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Anstrengungen. Sir Hall bezweifelt, ob Rußland — einstmals die Kornkammer Europas — seine frühere Lage jemals zurückerobern könne, selbst dann nicht, wenn es seine frühere Produktivkraft zurückerglänzt habe, da auch dort eine immer rapidere Zunahme der Bevölkerung stattfindet, die immer größere Ansprüche stellt.

In Amerika ist fast alles verfügbare Land in Angriff genommen, und wenn es auch eine Tatsache ist, daß in Kanada noch 12000 Quadratmeilen unberührtes Land ist, so darf nicht vergessen werden, große Flächen sind auf Grund der Temperaturverhältnisse unkultivierbar. Unser Gelehrter hat nun ein Universal-

mittel, um der uns drohenden Hungersgefahr zu entkommen, und das ist: der Vegetarismus! „Ist die Ernährung einer größtmöglichen Bevölkerungszahl auf einem bestimmten Flecken Land das Ziel.“ meinte Sir Hall. „So wird der Vegetarismus eine immer größere Notwendigkeit, wie das heute schon der Fall ist in Ländern mit dichter Bevölkerung wie Indien und China.“ (1) Jedoch ist Sir Hall weislich genug, zu erklären: „Unterlassen kann ich es nicht, meinen Gefühlen dahingehend Ausdruck zu verleihen, wenn eine Rasse — nicht das Individuum — bloß zu dem Zweck zum Vegetarismus und Antialkoholismus übergeht, sich beliebig und ohne Ziel und Maß zu vermehren, so kann sie nur zum Sklaventypus nach Art der Arbeitsbienen gerechnet werden.“

### Die Heide blüht!

Die Heide blüht! Die Heide blüht!  
Seht, wie sie leuchtet, wie sie glüht!  
Wie sie sich bunt mit Farben schmückt!  
Wie sie das trunk'ne Aug entzückt!

Aus lahltem, dürrtem Heidefeld  
ersproß ein blühendes Heidefeld,  
ein Heidefeld in Märchenpracht —  
schier kam der Zauber über Nacht.

Wie eine Flammengarbe loht  
hin übers Land dies Rumpurrort.  
Kein Königsmantel ist so schön  
als wie die Heide anzuseh'n.

Es wird das Herz so weit, so weit  
in dieser bunten Herrlichkeit.  
Das Auge schweigt, die Seele frohlockt,  
beim stummen Schau'n der Edeleucht.

Die Heide blüht! Die Heide blüht!  
Wie seltsam sah't's doch das Gemüht!  
Ein letzter Gruß der Sommerpracht —  
von fern schon winkt die Winternacht!

Ernst Klöpper

Bei allem Pessimismus hat Sir Hall doch noch etwas Raum für Optimismus gelassen, als er auf das Gebiet der Intensität und Rationalisierung der Landwirtschaft zu sprechen kam. Es ist zweifellos, auf diesem Gebiete gibt es noch unberechenbare Möglichkeiten. Der Ackerbau befindet sich heute längst in derselben Lage wie die Industrie: Der Landwirt besitzt ebenso wie der Industrielle die Mittel, um die Produktion zu vervier- oder gar zu verhundertfachen, und er könnte dieses mit dem Augenblick zur Wahrheit machen, wo er das Bedürfnis fühlte und zu einer gesellschaftlichen Organisation der Arbeit an Stelle der kapitalistischen Schritte.

Indessen ist das Bevölkerungsproblem ein solches, daß in steigendem Maße die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden muß. Schon zu allen Zeiten hat dieses Problem die Wissenschaft beschäftigt. Aber der Mann, der zuerst eine große Theorie aufstellte, war der englische Geistliche Malthus in seinem in 1798 erschienenen Buch: „Grundzüge über das Prinzip der Bevölkerungslehre.“ Die von Malthus vor mehr als hundert Jahren ausgesprochene Befürchtung — die Menschen vermehren sich viel schneller als die Nahrungsmittel — hat sich längst als übertrieben erwiesen und ist durch Tatsachen widerlegt worden. Und doch ist es begreiflich, daß solche Theorien entstehen konnten. Um das Jahr 1800 befand sich England mitten in der Periode, die unter dem Namen der „industriellen Revolution“ bekannt ist. Der Dampf und die neue Werkzeugmaschine verwandelten die Manufaktur in die moderne große Industrie und revolutionierte damit die ganze Grundlage der alten Gesellschaftsform. Der schlaftrüge Entwicklungsgang der Manufakturzeit verwandelte sich in eine wahre Sturm- und Drangperiode der Produktion. Die Steigerung der Produktivkraft, gepaart mit der Vernichtung der alten sozialen Bande, riß das gesellschaftliche Leben aus dem Gleichgewicht. In Mittelengland, Lancashire und West Riding wurden Städte aus dem Boden gestampft. Die Zahl der Bevölkerung für England und Wales (auschl. Irland und Schottland), die schätzungsweise 5 Millionen in 1600 betrug und sich 150 Jahre später (1750) um nur 1½ Millionen auf 6½ Millionen vermehrte, belief sich in 1830 auf 13 800 000, hatte sich also mehr als verdoppelt. Entvölkerung des ländlichen Landes und Ueberbevölkerung der Städte, mit den üblichen Begleiterscheinungen: Elend, Entbehrung und Wohnungsnot. Das Wohnungselend in den englischen Textilstädten (siehe jeder Beschreibung. Die Zusammenpferdung großer Massen von Menschen war um so degenerierender, als jede Kenntnis hygienischer und sanitärer Verhältnisse fehlte. „Die unermesslichen Uebel, die sich bei jeder großen Umwälzung in der Technik und der Produktion einstellen, wurden durch die Art der Ungleichheit vermehrt, in der sich die Veränderung vollzog. Die ganzen siebenzig Jahre (Epoche der industriellen Revolution) zeichneten sich aus durch eine rapide Aufeinanderfolge enormer Fluktuationen.“ schreibt ein bedeutender englischer Wissenschaftler. „Die Schwierigkeiten der Periode wurden vermehrt durch ein schlechtes Bankwesen und durch Ungewissheiten, die der Krieg erzeugte.“ Daneben war der soziale Gedanke unserer Tage noch nicht geboren. Arbeiterschutz und -versicherung waren unbekannte Dinge. Man kann sagen, daß die Periode, die England von 1770 bis 1830 durchmachte, von keinem anderen Volke durchgemacht wurde. Die kapitalistischen Auswüchse zeigten sich hier zunächst in ihrer nacktesten Gestalt, ohne daß man die Mittel zur Linderung kannte. Die Versuche, die auf diesem Gebiete von Staats wegen unternommen wurden, erwiesen sich als äußerst mangelhaft. So konnten zwei Grundsätze entstehen, die fast das ganze neunzehnte Jahrhundert beherrschten: das *Laissez faire, laissez aller* (laßt alles gehen!) und der Anarchismus, der jede Einschränkung des Staates, „dieses Werkzeug kapitalistischer Ausbeutung“, ablehnte. Nur so verständlich war in solcher Periode die Entstehung der Theorie der Ueberbevölkerung und so fielen die Gedanken eines Malthus auf fruchtbaren Boden.

Wir befinden uns in Europa neuerlich in einer Periode der industriellen Revolution, die, gepaart mit den Nachwehen des Weltkrieges, Verhältnisse geschaffen, die in mancher Hinsicht denen von 1800 bis 1830 ähneln. Damals war es der emporkommende Kapitalismus, der durch die gesellschaftliche Umwälzung die Welt auf den Kopf stellte und grenzenloses Elend erzeugte. Heute ist es der alternde Kapitalismus, der versucht, sich durch die Rationalisierung zu helfen und ein Erwerbslosenheer beispielloser Größe schafft. So steht die Gesellschaft neuerlich vor dem Problem der Ueberbevölkerung. Da entsteht die Frage, ob dieses Problem gerade so überholt werden wird, wie die Theorie von Malthus überholt wurde? Diese Frage ist bereits von einem Kongreß amerikanischer Gelehrten beantwortet worden, der einmütig die Befürchtungen von Sir Hall als übertrieben ablehnte. Sir James Irvine, Rektor der Universität St. Andrew, erklärte, er sei überzeugt, die Menge des angebauten Getreides der Welt halte gleichen Schritt mit dem Wachstum der Bevölkerung. Die Produktivität des Bodens könnte aber durch rationelle wissenschaftliche Bearbeitung noch beliebig gesteigert werden.

Wenn wir das von Sir Hall aufgeworfene Problem so ausführlich behandelten, so deshalb, um einmal die Begleiterscheinungen zu untersuchen, unter denen der Malthusianismus entstanden ist, um dann in der Lage zu sein, Schlusfolgerungen auf die heutige Zeit zu ziehen, die doch, wie wir gesehen haben, so mancherlei Berührungspunkte mit der heutigen Zeit hat.

Aber selbst zugegeben, es bestehe die Gefahr einer Ueberbevölkerung, werden da von der herrschenden Gesellschaft die unbedingt notwendigen Maßregeln ergriffen? Das muß entschieden verneint werden.

Zunächst haben doch die Baumeister der Friedensverträge sicherlich an so etwas wie eine Gefahr der Ueberbevölkerung nicht gedacht, im Gegenteil, durch die wahnsinnige Politik der europäischen Balkanisierung künstlich Hunger und Elend erzeugt. Es wird noch lange Jahre dauern, bis man den Wahnsinn der Friedensverträge völlig neutralisiert hat. Greulich ist es ja, daß der Gedanke eines wirtschaftlichen Vorratsschatzes immer mehr an Boden gewinnt. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten scheinen langsam aber sicher die künstlichen politischen Mauern niederzureißen.

Und wie liegen die Dinge auf nationalem Gebiete? Der Deutsche Reichstag hat zweifellos bis jetzt noch nicht mit der Möglichkeit einer Ueberbevölkerung gerechnet, sonst würde er dem Paragraphen 218 gegenüber eine ganz andere Einstellung an den Tag gelegt haben. Wie steht es aber mit einem rationalen Wohnungsbau und dem Siedlungswesen? Gerade die Art und Weise, wie man bis jetzt die Wohnungsfrage auf dem ländlichen Lande behandelt hat, läßt nicht darauf schließen, daß man in Deutschland an das Bevölkerungsproblem gedacht hat. Desto kräftiger muß die Arbeiterbewegung die sozialen Forderungen der modernen Zeit in den Vordergrund rücken. Immer notwendiger wird es, zu verlangen, daß die sozialen Forderungen der Reichsverfassung verwirklicht werden. Gerade jetzt, wo die Politiker so viel vom sozialen Volkstaat reden, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften ein Programm der sozialen Mindestforderungen erheben. B. W.

Freilich, vor 33 Jahren habe ich mir die Entwicklung ein wenig rascher vorgestellt, als sie tatsächlich verlaufen ist. Aber wer ist imstande, alle die vielen Theorien, die eine große, auf die Umgestaltung der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bewegung zu durchlaufen hat, im Voraus zu übersehen? Man muß zugeben sein, daß es ununterbrochen vorwärts ging und daß man übermütig sein darf, der Fortschritt werde ein um so rascherer, wie die Bedingungen für das Wachstum der Bewegung und die Ausbreitung der ihr zugrunde liegenden Ideen immer günstiger werden. B e b e l in „Unsere Ziele“. 1902.

## Keine Einigung mit dem Deutschen Beamtenbund.

Durch die deutsche Gewerkschafts- und Tagespresse gingen in den letzten Monaten wiederholt kürzere und längere Abhandlungen über die bevorstehende Einigung der deutschen Beamenschaft. Getrennte Vorgespräche wurden seit Wochen geführt mit dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, und schließlich auch mit den Vertretern des ADB. Diese Verhandlungen verdichteten sich schließlich nach einem zwischen dem DBB und ADB mehrmals geführten Schriftwechsel zu offiziellen Verhandlungen, die am 10. und 13. September stattfanden.

Nun gab es unter den dem ADB angeschlossenen Organisationen von vornherein Anhänger und Gegner dieses Verschmelzungsgedankens. Die Gegner gingen davon aus, daß mit dem sogenannten neutralen Deutschen Beamtenbund eine Einigung auf freigewerkschaftlicher Grundlage nicht zu erzielen sei, während die Anhänger des Verschmelzungsgedankens glaubten, unter den Führern des DBB sei doch ein Umschwung nach der freigewerkschaftlichen Seite hin festzustellen. Der erweiterte Vorstand des ADB ermächtigte schließlich den geschäftsführenden Vorstand, die Verhandlungen aufzunehmen und zu einem möglichst raschen Abschluß zu bringen, damit endlich die so notwendige Klarheit geschaffen wird.

Das Verhandlungsergebnis liegt nun vor. Damit ist auch die Klärung geschaffen, erfreulicherweise ganz eindeutig. Sie läßt sich kurz in die Worte fassen: Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes haben in den letzten Jahren in gewerkschaftlicher und wirtschaftspolitischer Hinsicht weder etwas gelernt, noch vergessen. Abgesehen von einigen fälschlichen Reden, die bei den gemeinsamen Verhandlungen von den Führern des Deutschen Beamtenbundes gehalten wurden, blieb nichts übrig, was uns den Zusammenschluß auch nur einigermaßen tragbar gemacht hätte. Die dem DBB vom Vorstand des ADB vorgelegten Richtlinien hatten zur Voraussetzung, daß sich der neue Bund ganz konsequent auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt und daß er in allen gemeinsamen Fragen in engerer Fühlung mit den Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften zusammenarbeitet. Die Richtlinien des ADB zur Einigungsfrage lauten:

I. 1. Der neue Bund steht auf dem Boden der republikanischen Verfassungen des Reiches und der Länder, die er mit allem ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen gewillt ist. Getreu dem Wort und Sinn des von den Beamten auf die Verfassung geleiteten Pflichtenbundes steht er es als seine Aufgabe an, die republikanische Staatsform mit republikanischem Geist zu erhalten. — 2. Richtungsgebend für die Stellungnahme des neuen Bundes zur Wirtschaftspolitik ist die Lage der Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher. — 3. Der Volkswirtschaft braucht zur Entfaltung seiner Kräfte und Erfüllung seiner Aufgaben das Berufsbeamtenamt auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Der neue Bund wird daher für die Erhaltung und Förderung des Berufsbeamtenamtes und seine zeitgemäße freiwirtschaftliche und soziale Fortentwicklung sowie für die wirtschaftliche Sicherung aller Beamten mit allen Kräften eintreten. — 4. Der neue Bund hält in allen gemeinsamen Fragen die ständige Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten, die unter Anerkennung der Grundzüge des neuen Bundes dazu bereit sind, für unbedingt erforderlich. Es soll in diesem Zweck die notwendige Fühlung mit ihnen sofort hergestellt werden. — 5. Der neue Bund wird sich die Pflege internationaler Beziehungen der Beamten mit dem Ziele eines baldigen internationalen Zusammenschlusses unter Wahrung seiner parteipolitischen und religiösen Neutralität angelegen sein lassen. — 6. Der neue Bund ist parteipolitisch und religiös neutral, nicht im Sinne eines Unbeteiligtheits an der Lösung aller großen Probleme von Staat und Wirtschaft, wohl aber unabhängig von jeder politischen Partei.

II. Voraussetzung für die Aufnahme der Verhandlungen ist ferner die Übereinstimmung darüber, daß durch den Zusammenschluß eine neue Spitzenorganisation auf gewerkschaftlicher Grundlage gebildet wird, die als einmündiges Organ der Verbündeten gewährt wird. An Stelle der bisherigen Organe „Der Beamtenbund“ und „Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“ wird eine neue Zeitschrift mit neuem Titel ins Leben treten.

III. Die Gründung des neuen Bundes erfolgt auf einem Kongress, der im Anschluß an die Tagungen der alten Bünde stattfindet. Die Verfassung der Satzung und des Programms des neuen Bundes erfolgt durch den ersten Bundesstag, der spätestens innerhalb eines Jahres einzuberufen ist. Die vorläufige Satzung für den neuen Bund wird durch eine Kommission bestimmt und durch Zustimmung der durch einen Organisationsvertrag festzulegenden Verbündeten erlassen. Dieser Organisationsvertrag und auch Bestimmungen über die einzubringenden Einrichtungen treffen.

IV. Die Zustimmung zu dieser Vereinbarung verpflichten sich beide Verbände, alle gewerkschaftlichen und organisatorischen Angelegenheiten in Zukunft gemeinsam zu behandeln.

Damit war aber auch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß in dem neuen Bund auch die Beamtenabteilungen der gemischten Verbände als gleichberechtigt aufzunehmen waren. Daran scheiterten die

Verhandlungen. Der Deutsche Beamtenbund gab am ersten Verhandlungstage durch seinen Vorsitzenden, Flügel folgende Erklärung ab:

„Sie haben eine eindeutige und klare Stellungnahme in der Frage des Organisationsprinzips in seinen Auswirkungen auf die Beamtenabteilungen der gemischten Organisationen gewünscht. Der Verhandlungsausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und hat mich ermächtigt, in folgendem seine einmütige Auffassung zu sagen:

„Es ist der unbedingte Wille des DBB, die notwendige Einigung der gesamten deutschen Beamenschaft herbeizuführen und diese Einheit zu erhalten. Auch wir sind der Meinung, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn in der grundsätzlichen Organisationsfrage völlige Klarheit herrscht. Die Auffassung des weitens größten Teiles der Beamenschaft ist in der Frage des Organisationsprinzips ganz klar dahingehend entwidelt und festgelegt, daß nur das Prinzip der reinen und in jeder Beziehung unabhängigen Beamtenorganisation in Frage kommen kann. Darum muß der neue Bund, wenn seine Einheit und damit die Erfüllung seiner wichtigsten Aufgaben nicht von vornherein in Frage gestellt werden soll, auf diesem Prinzip begründet werden. Der DBB muß daher von den mit ihm zusammentretenden Organisationen die grundsätzliche Anerkennung des Prinzips erwarten, umschadet einer Zulassung einer gewissen Übergangszeit für die Fortführung der in gemischten Verbänden organisierten Beamten. Die auch von uns als dringend notwendig anerkannte Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Angestellten in allen gemeinsamen Angelegenheiten muß durch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit deren Spitzenorganisationen erzielt werden.“

Diese Erklärung bedeutet in der Praxis, daß der Einheitsverband der Eisenbahner, der Verkehrsbeamten, unsere Organisation, kurzum alle gemischten Verbände, die teilweise seit Jahrzehnten bei ihnen organisierten Beamten hätten abtreten müssen. Diese Forderung des Deutschen Beamtenbundes ist in ihrer Auswirkung um so unverständlicher, als bei der Verhandlung selbst einwandfrei nachgewiesen wurde, daß ja auch heute schon im Deutschen Beamtenbund sich Organisationen befinden, die keine reine Beamtenorganisation darstellen, sondern die Angehörigen, zum Teil auch Arbeiter, bei sich aufnehmen. So gab zum Beispiel Herr Ehrmann vom Preussischen Kommunalbeamtenverband in der Verhandlung ohne weiteres zu, daß 50 Prozent seiner Mitgliedschaft aus Angestellten bestehen. Ein ähnliches Geständnis legte Herr Aulich von der Zentralgewerkschaft der Reichsbahnbeamten ab. Wir sind aber auch überzeugt davon, daß dieses Bekenntnis noch nicht einmal vereinzelt dasteht, sondern daß sich auch noch andere Organisationen im DBB befinden, die in bezug auf reine Beamtenorganisation, wie sich Herr Flügel wiederholt ausdrückte, auch nicht immer einer eingehenden Prüfung standhalten könnten. Wenn man in diesem Zusammenhange noch bedenkt, daß in dem neuen Beamtenbund auch die christlichen Gewerkschaften einbezogen werden sollten, so mußte uns die Haltung der Verhandler des DBB, noch um so unverständlicher erscheinen; denn wir sprechen es ganz offen aus: Es ist uns ganz unmöglich, zu glauben, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Beamten von ihren gemischten Organisationen loslösen, um sie einem sogenannten neutralen Beamtenbunde zuzuführen.

Nachdem die Dinge so verlaufen waren und alle Bemühungen der Verhandler des ADB, es nicht vermochten, den DBB, von seiner Haltung abzubringen, wurde von den ersteren nachstehende Erklärung abgegeben:

„In unserem Schreiben vom 2. September 1926 haben wir darauf hingewiesen, daß die mündlichen Besprechungen zwischen den Vertretern Ihres und unseres Verbandes von Anfang an unter der von unserer Seite vertretenen Voraussetzung stattgefunden haben, daß die Beamtenabteilungen der gemischten Verbände, ebenso wie sie jetzt dem ADB, angeschlossen sind, in Zukunft auch der neuen einheitlichen Beamtenorganisation angeschlossen sein müssen. Von Ihrer Seite ist dieser unserer Auffassung nicht widersprochen worden, vielmehr ist darauf die Einladung zu den offiziellen Verhandlungen erfolgt. Ihre Erklärungen vom 10. September, daß Sie nur das Prinzip der reinen Beamtenorganisation als Grundlage für den neuen Bund anerkennen, und von den gemischten Verbänden verlangen, daß sie sich verpflichten, nach einer gewissen Übergangszeit die bei ihnen organisierten Beamten von sich loszulösen, hat uns deshalb aufs äußerste überrascht, da sie die Voraussetzung, unter der die Besprechungen begonnen haben, wieder enthielt. In diesen Besprechungen sind die Verhandler davon ausgegangen, daß eine Vereinigung des ADB und des DBB zur reinen Einigung aller Beamten führen muß. In dem neu zu schaffenden Beamtenbunde sollten alle heute bestehenden Berufsverbände der Beamten zusammenschließen werden, gleichviel ob es sich um bestehende Beamtenorganisationen oder um neu zu bildende Verbände der Arbeiter und Beamten oder um solche der Angestellten und Beamten handelt. Die bestehende Organisation form des gemischten Verbandes darf nicht Lebensdauer der Organisation sein; vielmehr muß das bisherige Gewerbe unmaßt anerkannt werden, um eine weitere organisatorische Entwicklung zu ermöglichen. Die Bildung einer

neuen Spitzenorganisation der Beamtenschaft ist nur denkbar, wenn die Verhandlungsführenden sich gegenseitig vollkommene Gleichberechtigung zuerkennen und nicht eine Verhandlungspartei der anderen ihre Auffassung über die Organisationsform aufzuzwingen sucht. — Die Erklärung, die von Ihrer Seite am 10. September abgegeben wurde, ist nicht geeignet, als Grundlage für die Weiterführung der Verhandlungen zu dienen. Wir halten es nach wie vor für erforderlich, daß dem neu zu bildenden Beamtentum neben den reinen Beamtensorganisationen auch die Beamtenteilnehmenden der gemischten Verbände ohne jede einschränkende Feststellung angehören müssen. — Aus den Verhandlungen vom 10. September hat sich ergeben, daß über die Auffassung von Punkt 4 der Richtlinien, der die Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten behandelt, weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wir bestehen unter einer „ständigen“ Zusammenarbeit nicht eine Zusammenarbeit von Fall zu Fall, sondern die gegenseitige Bekundung des festen Willens, in allen Fragen, in denen eine Uebereinstimmung erzielt werden kann, gemeinsam zu handeln. Wir wollen, um mit Ihren Worten zu sprechen, eine „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit kann aber nur mit solchen Spitzenorganisationen erzielt werden, die „zur Anerkennung der Grundsätze des neuen Bundes bereit sind“; die „zur Anerkennung der Grundsätze des neuen Bundes bereit sind“; die nur, wenn eine gemeinsame Grundstimmung besteht, ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Zusammenwirken gegeben. Wir sind durchaus bereit, in eine Versprechung über diese Frage mit allen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten einzutreten. Wir hegen allerdings berechtigten Zweifel, daß der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund dazu bereit sein wird, da er auf Grund seiner bisherigen Einstellung gegenüber dem Berufsbeamtentum und seiner Auslegung des Begriffes der parteipolitischen Neutralität, die einseitig einer politischen Partei gegenüber tatsächlich aufgehoben wird, nicht die Gewähr für eine „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit bieten kann.“

In dieser Erklärung wird zum Schluß mit Recht noch einmal ganz besonders darauf hingewiesen, daß neben der Organisationsfrage auch die Frage der Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten von den Vertretern des Deutschen Beamtensbundes zu einer Entscheidungsfrage gemacht wurde. Wir verlangten im Gegensatz zu den Vertretern des DBB, eine ständige Zusammenarbeit und nicht nur eine solche von Fall zu Fall, und zwar nur mit denjenigen Spitzenorganisationen, die unsere Richtlinien anerkennen. Bei den Verhandlungen klang, wie wir schon eingangs erwähnten, aus den Worten der Verhandler des DBB, immer wieder nur das eine heraus: Um Gottes Willen nur keine allzu große Annäherung an die Arbeiter und Angestellten. Daß wir diesen Gedanken für falsch halten, haben wir oft an dieser Stelle erwähnt. Daß er für die Zukunft schon gar keine Berechtigung mehr hat, hätten eigentlich auch die Vertreter des Deutschen Beamtensbundes einsehen müssen. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und vor allen Dingen die Entwicklung der öffentlichen Betriebe, besonders der großen Betriebsverwaltungen Post, Eisenbahn und kommunale Betriebe, legt eine einheitliche Zusammenfassung der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer voraus. Wenn diese nicht geschaffen wird, dann wird es auch in alle Ewigkeit so bleiben, wie Herr Remmers als Sprecher des DBB, am ersten Verhandlungstage zum Ausdruck brachte, indem er sagte, daß uns in den letzten Jahren vieles nicht gequält sei, und daß es uns auch in Zukunft nicht besser gehen wird, wenn wir nicht eine Einigung herbeiführen. Leider ist es bei diesem Lippenbekenntnis geblieben. Wenn Herr Hermann vom Kommunalbeamtenverband im Laufe der Verhandlungen zum Ausdruck brachte: „Der neue Bund wird stark sein“, so möchten wir erwähnen, was schon bei den Verhandlungen gesagt wurde: Dieser neue Bund wird nur stark sein, wenn er sich anlehnt an die großen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten, und wenn er sich nicht scheut, auch gleichzeitig die Beamtenteilnehmenden der gemischten Verbände in sich als gleichberechtigt aufzunehmen.

Nun die Verhandlungen zu Ende sind, wird es Aufgabe des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes sein müssen, die Voraussetzungen zu schaffen, die es ihm in Zukunft ermöglichen, große Teile der deutschen Beamtenschaft zu sich herüberzuziehen. Dieser Kampf ist nicht leicht; aber so wie die deutschen Arbeitergewerkschaften in zäher, unermüdlicher jahrzehntelanger Kleinarbeit von Mund zu Mund groß und immer größer wurden und innerlich erstarrten so wird es auch die deutsche Beamtenschaft werden. Neben dieser aufbauenden Kleinarbeit wird aber auch der deutschen Beamtenschaft der Kampf um ihre Existenz nicht erspart bleiben. Es wird nicht zuletzt auch dieser Kampf sein, der uns in der Agitation zu Hilfe kommt. In wenigen Tagen wird der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes zusammenzutreten, um seinen künftigen Agitationsplan festzulegen. Dann gilt es auch für die Funktionäre unseres Verbandes, in der Beamtensagitation mehr als bisher auf dem Posten zu sein. Die Voraussetzungen haben wir geschaffen. Jetzt gilt es zu arbeiten!

### Unser Mitgliederstand am 1. September 1926

Eine geringe Steigerung der Mitgliederziffer, insgesamt um 140, ist auch im verfloßenen Monat zu verzeichnen. Es ist somit das 206. Tausend erreicht bzw. überschritten. Im Vormonat zählten wir 205 866 und am 1. September 206 006 Mitglieder in 864 Filialen. Nach Geschlechtern verteilt sich die Zahl auf 174 743 männliche und 31 263 weibliche Mitglieder. — Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gesunken von 3235 im Vormonat auf 3092, um 143 insgesamt. Die Zahl der Arbeitslosen setzt sich zusammen aus 2565 männlichen und 527 weiblichen. Auch ist erweiterungsweise die Zahl der Kurzarbeiter gesunken von 471 im Vormonat auf 228 am 1. September. Von den 864 Filialen haben 641 oder 74,2 v. H. der Filialen die Berichtarten rechtzeitig eingeleistet, nicht berichtet haben 223 Filialen mit insgesamt 19 501 oder 9,4 v. H. der Gesamtmitgliederzahl.

| Wirtschaftsbezirke bzw. Gauenverwaltungen | Zahl der Mitglieder am 1. Sept. 1926 | Mitgliederstand am 1. September 1926 |          |          | A-Abnahme | B-Abnahme |
|---|--------------------------------------|--------------------------------------|----------|----------|-----------|-----------|
|   |                                      | männlich                             | weiblich | zusammen |           |           |
| <b>1. Nordwest</b>                        |                                      | 18 440                               | 4 011    | 22 451   | 3         | 2         |
| a) Hamburg . . . . .                      | 22 499                               | 5 430                                | 325      | 5 755    | 1         | 18        |
| b) Bremen . . . . .                       | 5 773                                | 5 099                                | 974      | 6 073    | 3         | 7         |
| c) (Schleswig-H.) (Mecklenburg)           | 6 066                                |                                      |          |          |           |           |
|   | 34 288                               | 28 969                               | 5 310    | 34 279   | 1         | 9         |
| <b>2. Westfalen . . . . .</b>             | 11 695                               | 10 393                               | 1 289    | 11 682   | 1         | 13        |
| <b>3. Rheinland . . . . .</b>             | 9 679                                | 9 259                                | 432      | 9 691    | 3         | 12        |
| <b>4. Rhein-Pran . . . . .</b>            | 16 732                               | 13 799                               | 2 894    | 16 693   | 1         | 39        |
| <b>5. Rheinpfalz-Saarland . . . . .</b>   | 3 211                                | 2 907                                | 305      | 3 212    | 3         | 1         |
| <b>6. Baden</b>                           |                                      | 6 801                                | 681      | 7 482    | 3         | 29        |
| a) Karlsruhe . . . . .                    | 7 453                                | 798                                  | 237      | 1 035    | 3         | 5         |
| b) Elingen . . . . .                      | 1 030                                |                                      |          |          |           |           |
|   | 8 483                                | 7 599                                | 918      | 8 517    | 3         | 34        |
| <b>7. Württemberg</b>                     | 5 328                                | 4 893                                | 441      | 5 334    | 3         | 6         |
| <b>8. Bayern</b>                          |                                      | 7 199                                | 1 397    | 8 596    | 1         | 2         |
| a) München . . . . .                      | 8 598                                | 5 741                                | 509      | 6 250    | 1         | 9         |
| b) Nürnberg . . . . .                     | 6 259                                |                                      |          |          |           |           |
|   | 14 857                               | 12 940                               | 1 906    | 14 846   | 3         | 11        |
| <b>9. Thüringen . . . . .</b>             | 5 257                                | 4 522                                | 719      | 5 241    | 1         | 16        |
| <b>10. Sachsen</b>                        |                                      | 8 769                                | 2 268    | 11 037   | 3         | 23        |
| a) Dresden . . . . .                      | 11 014                               | 4 780                                | 1 881    | 6 661    | 3         | 12        |
| b) Leipzig . . . . .                      | 6 649                                | 5 555                                | 1 057    | 6 612    | 3         | 45        |
| c) Weidau . . . . .                       | 6 567                                |                                      |          |          |           |           |
|   | 24 230                               | 19 104                               | 5 206    | 24 310   | 3         | 80        |
| <b>11. Mittelsdeutschland</b>             |                                      | 5 986                                | 1 467    | 7 453    | 3         | 57        |
| a) Magdeburg . . . . .                    | 7 396                                | 3 011                                | 324      | 3 335    | 3         | 13        |
| b) Halberstadt . . . . .                  | 3 322                                |                                      |          |          |           |           |
|   | 10 718                               | 8 997                                | 1 791    | 10 788   | 3         | 79        |
| <b>12. Hannover . . . . .</b>             | 6 546                                | 5 771                                | 708      | 6 479    | 3         | 67        |
| <b>13. Schlesien . . . . .</b>            | 10 040                               | 8 264                                | 1 789    | 10 053   | 3         | 13        |
| <b>14. Brandenburg . . . . .</b>          | 6 142                                | 5 537                                | 592      | 6 129    | 1         | 13        |
| <b>15. G. r. Berlin . . . . .</b>         | 25 403                               | 20 162                               | 5 241    | 25 403   |           |           |
| <b>16. Pommern</b>                        |                                      | 3 114                                | 573      | 3 687    | 3         | 30        |
| a) Stettin . . . . .                      | 3 657                                | 1 236                                | 205      | 1 441    | 3         | 14        |
| b) Stolberg . . . . .                     | 1 427                                |                                      |          |          |           |           |
|   | 5 084                                | 4 350                                | 778      | 5 128    | 3         | 44        |
| <b>17. Ostpreußen</b>                     | 8 095                                | 7 239                                | 914      | 8 153    | 3         | 58        |
| Einzelmitglieder                          | 78                                   | 38                                   | 30       | 68       | 1         | 10        |
|   | 205 866                              | 174 743                              | 31 263   | 206 006  | 3         | 140       |

### Wirtschaftspolitische Theorien

#### V. Der Sozialismus.

Nicht der ältere Sozialismus in all seinen Spielarten, sondern der Sozialismus als festgefügtes System, wie er von Karl Marx in seinen ökonomischen Lehren auf eine ganz neue Basis gestellt in einem Aufsatz nicht die Darstellung der gesamten Lehre von Karl Marx geboten werden kann, daß in diesem Rahmen nur ein Versuch, die wichtigsten Gedanken hervorzuheben, zu erlauben ist. Hatten die Klassiker die Gesetze aufgefunden, nach denen die kapitalistische Wirtschaft lebt und sich entwickelt, so errieth Marx in seinem Werk „Das Kapital“ die Bewegungsgesetze einer bestimmten Form des gesellschaftlichen Produktions, die in einer bestimmten Zeit bestimmten Nationen eigenständig ist. Diese heute vorherrschende Produktionsweise, die kapitalistische, ist auf Warenproduktion eingestellt. Der Reichtum der heutigen Gesellschaft besteht aus Waren. Eine Ware ist ein Arbeitsprodukt, nicht für den eigenen Gebrauch, sondern zum Zweck des Austausches gegen andere Produkte erzeugt

worden. Diese gesellschaftliche Eigentümlichkeit macht das Produkt zur Ware.

In der kapitalistischen Produktion scheint es, als wenn die verschiedenen Produzenten nicht füreinander arbeiten und die Art und Weise, wie jeder zu dem Produkt des anderen gelangt, erscheint als Eigentümlichkeit des Produktes. Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit erhält in der Warenproduktion den Anschein von Verhältnissen der Dinge untereinander. Dem bürgerlichen Ökonomen erscheint die Ware als ein sinnliches Ding mit übersinnlichen Eigenschaften begabt. Marx bezeichnet dies als den Fetterscharakter der Waren. Alle Waren haben als nützliche Dinge einen Gebrauchswert, als Gebrauchswerte tauschen sie sich in einem bestimmten Zahlungsverhältnis aus. Das Gemeinsame, das ihre Vergleichung ermöglicht, ist ihr Wert. Sieht man von dem Verbrauchswert der Waren ab, dann sind sie nur Produkte menschlicher Arbeit und als solche Werte. Jedoch nicht die auf das Produkt schlechtthin verwandte Arbeit bildet dessen Wert, sondern das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswertes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmen dessen Wertgröße.

Je mehr der Warenaustausch sich entwickelt, je mehr Arbeitsprodukte zu Waren werden, desto notwendiger wird ein allgemeines Austauschmittel. Zunächst diente eine Ware nur vorübergehend und zufällig als solches, z. B. Vieh. Schließlich sind es die edlen Metalle geworden, die das Monopol errangen, allgemeines Austauschmittel zu werden, damit wurden sie das Geld.

Die erste Funktion des Geldes ist, als Wertmaß zu dienen, Maßstab am Wert der Waren zu sein, anders ausgedrückt, den Preis der Waren zu bestimmen. Im Preisausdruck ist jede Ware als eine bestimmte Menge Goldes vorgestellt. Neben Maß der Werte ist das Geld Maßstab der Preise.

Geld verwandelt sich in Kapital, wenn der Kreislauf Geld — Ware — normal ist, d. h., wenn die Geldsumme, die zum Kauf der Ware vorgeschossen wurde, am Ende größer ist als zum Beginn des Kreislaufes. Diesen überschüssigen Wert, der über dem ursprünglich vorgeschlossenen Wert am Ende des Kreislaufes sichtbar ist, nennt Marx den Mehrwert. Er ist in seinen Erscheinungsformen, Profit, Zins usw. ebensowenig zu verwechseln als Wert mit Preis. Der Wert, der sich in dieser Form des Kreislaufes bewegt, erhält durch den Mehrwert neue Eigenschaften, er wird Kapital.

Alle Waren tauschen sich gegeneinander aus nach ihren Werten, d. h. nach der ihnen enthaltenen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Auf Grund dieses Gesetzes herrscht zwischen den Waren auf dem Markt vollkommene Gleichheit. Es würde unter den Warenkäufen völlige Gleichheit herrschen, wenn nicht eine einzige Ware von ganz besonderer Beschaffenheit wäre: die Arbeitskraft. Diese kauft der Kapitalist. Was ist ihr Wert? Die zu ihrer Herstellung erforder-

liche Arbeitszeit. Diese besteht in der Menge Arbeit, die zur Herstellung des Lebensunterhaltes, Kleidung usw. für den Arbeiter nötig ist. Der Preis der Ware Arbeitskraft ist Lohn. Nun ist der Wert der Subsistenzmittel des Arbeiters niemals dem Werte des Erzeugnisses dieser selben Arbeit gleich. Stets ergibt sich für die menschliche Arbeit normaler Weise ein Wertüberschuß des produzierten Wertes über den verbrauchten Wert der Arbeitskraft. Ist der Preis der Arbeitskraft, d. h. der Lohn, normal in sechs Stunden erarbeitet, so muß der Arbeiter darüber hinaus zwei Stunden dem Unternehmer draufgeben, dem Kapitalisten sind also zwei Stunden täglich geklaut. Der Arbeitstag besteht also aus zwei Teilen: einem bezahlten von sechs Stunden, worin der Arbeiter nur den Wert seines eigenen Unterhaltes zurückerstattet und einen unbezahlten, worin er geschenkte Arbeit oder Mehrwert für den Kapitalisten schafft. Die kapitalistische Warenproduktion erzeugt große konzentrierte Arbeitsbetriebe. Die kapitalistische Produktionsweise ist andererseits nicht unabänderlich, sie ist ein bloßer Uebergang in der menschlichen Kulturentwicklung. Die Entwicklung des Kapitalismus führt zu seinem eigenen Untergang, zu dem einzig richtigen Weg: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Verwandlung der Produktion in gesellschaftliche, planmäßige, bewachte Organisation. Damit beginnt für die Menschheit eine neue Epoche.

Die Theorie des Mehrwertes und das Konzentrationsgesetz sind die wichtigsten Lehren des Kapitals von Karl Marx. In ersterer entwickelt er eine besondere Auffassung des Tausches und des Wertes, in letzterer lehrt er die wirtschaftliche Entwicklung, die naturgemäßerweise zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel führen muß. Durch die beständige Entwicklung zum Großbetrieb werden die kleinen Kapitalisten zugunsten der großen enteignet. So arbeitet das Kapital unablässig daran, die Menge der Lohnarbeiter zu vermehren. Da diese geschworene Feinde des Kapitals sind, produziert die Bourgeoisie ihre eigenen Totengräber. Die Enteignung der Kapitalisten wird die letzte in der Geschichte der Menschheit sein, da sie sich nicht, wie die früheren Expropriationen zugunsten einer Klasse, sondern zum Nutzen aller, zum Nutzen der Nation vollziehen wird. Damit wird endlich die Form des Eigentums der Produktion entsprechen, beide werden dann kollektiv sein.

In der sozialistischen Gesellschaft werden die chaotischen Zustände der heutigen Wirtschaft beseitigt sein. Die so erstarkte Gemeinwirtschaft wird unter Ausnutzung des höchsten Standes der Technik die wirtschaftliche Sicherstellung des einzelnen gewährleisten. Der gesellschaftliche Gütervorrat wird so bemessen sein, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse durch ihn befriedigt werden können, der er vorausgerechnet und vorausbestimmt sein wird. Besondere Ansprüche des einzelnen kann es, da der gesellschaftliche Reichtum das Ergebnis der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit, der Gesamtarbeit ist, nicht geben. Hermann Kruse.

## Leiparts Antwort an Silberberg und Kasll

Die Aufsehen erregenden Neben Dr. Silberbergs und anderer prominenter Vertreter der Industrie auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, haben die Redaktion des „Vorwärts“ veranlaßt, dem Vorsitzenden des ADW, Kollegen Leipart, eine Anzahl Fragen vorzulegen über die Stellung der Gewerkschaften zu den auf der Dresdener Tagung aufgeworfenen Fragen. Leipart hat die folgenden Fragen folgendermaßen beantwortet:

Frage: Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Haltung der Arbeitgeber? Glauben Sie insbesondere, daß ihr Verhalten zur Republik und die Anerkennung der Arbeiterrechte im Staate nur ein tatsächlicher Schachzug oder Ausdruck einer inneren Ueberzeugung ist?

Antwort: Nach meiner Kenntnis der führenden Personen im Reichsverband der Deutschen Industrie glaube ich nicht, daß ihr Verhalten zur Republik nur ein tatsächlicher Schachzug ist. Herr Silberberg hat in seiner Rede mehrfach betont, daß sich bei den Unternehmern eine „Wendlung der Geister“ vollzogen habe und daß sie die letzte Einseitigkeit zum jetzigen Staate „nach schweren inneren Kämpfen“ gewonnen hätten. Ob diese Wendung schon endgültig abgeschlossen ist, weiß ich freilich nicht. Aber ich glaube doch, daß die Erklärungen, die Herr Silberberg im Auftrage des Generalsekretärs der Industriellen in Dresden abgegeben hat, der Ausdruck einer inneren Ueberzeugung sind. Daß diese Ueberzeugung von der Einsicht in die vorhandenen Machtverhältnisse eingeleitet ist, schreibe ich allerdings nicht zu. Der Einfluß der Arbeiterkraft in Staat und Wirtschaft ist zu hoch geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wider befehlen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man nicht ohne den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwidern dürfte. Silberberg hat aber, was nicht übersehen werden darf, durch seinen Hinweis auf die jetzigen

Bestimmungen der Reichsverfassung, die ihre „Wendung in manchen gewollt oder ungewollt unklaren Punkten vorziehen“, einen Vorbehalt gemacht. Was damit gemeint ist, machte Silberberg durch seinen nächsten Satz etwas deutlicher, in dem er von denjenigen Verteidigern der Republik sprach, „die in der Verfassung heute noch vornehmlich ein Instrument wirtschaftsrevolutionärer Ziele sehen“. Also Wendung der Verfassung, und zwar vielleicht auch des Artikels 165, der die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter in der Organisation der Wirtschaft vertritt? Erblickt das Unternehmertum in dieser Mitwirkung der Arbeiterschaft und in dem Verlangen der Gewerkschaften nach positiver Umgestaltung der ökonomisch rechtlichen Voraussetzungen diese wirtschaftsrevolutionären Ziele? Eine klare Antwort hierauf wäre für die Gewerkschaften von größter Bedeutung. Denn ich finde es sehr auffällig, daß keiner der Redner in Dresden auf die Frage der Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft auch nur mit einem Worte eingegangen ist. — Auf der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes in Köln hatte Geheimrat Kasll den Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, daß sie „sich nicht organisch eingliedern in die volkswirtschaftlichen Gesamtziele“, sondern sich „erhöhen in Forderungen zur Erhöhung der Einkommen und zur Verminderung des Arbeitszeit“. Von den Unternehmern aber sagte er, daß sie „heute weit mehr Organe der Gesellschaft“ seien, ihre Führer mühten „gesellschaftlichen Will“ haben, wenn sie nicht an der Verfolgung reiner Eigeninteressen scheitern wollten. — Ähnlich wie Herr Kasll in Köln hatte schon die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1924 den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie die nach der Währungsstabilisierung notwendig gewordene „Umstellung auf die Probleme der Produktion“ nicht vollzogen hätten und daß sie deswegen aus dem organischen Zusammenhange des Volksebens und der Wirtschaft herausgerissen seien. Die Gewerkschaften haben diese Vorhaltungen natürlich als völlig unbegründet zurückweisen müssen. Denn sie haben oft genug bewiesen, daß sie mit beiden Füßen in der Wirtschaft

sehen. Wir haben uns im letzten Herbst auf dem Gewerkschaftskongress in Breslau sehr eingehend mit den Fragen der Wirtschaft befaßt und mit aller Bestimmtheit die Wirtschaftsdemokratie gefordert. Die Gewerkschaften verlangen also, in die Volkswirtschaft organisch eingegliedert zu werden, und in der gesamten Gewerkschaftsbewegung wird diese Forderung seit langem Monotonen Erfolg erzielt. Der Reichsverband der Industrie hat hierüber auf seiner Tagung keinerlei Notiz genommen. Die Unternehmer sollen aber nicht glauben, daß diese einmütige Forderung der Gewerkschaften aller Richtungen etwa durch Zwischweg abgelenkt werden könnte.

Frage: Stimmt die Haltung der Unternehmer überein mit ihrer Stellung zu den sozial- und lohnpolitischen Forderungen der Arbeiter? Ist die Annahme berechtigt, daß die Auffassung des Generaldirektors Silberberg sich mit der Anschauung und Politik der deutschen Arbeitgeberverbände und ihres Vorsitzenden Herrn v. Borzigt deckt?

Antwort: Ueber die sozial- und lohnpolitischen Forderungen der Gewerkschaften hat Herr Silberberg sich in Dresden ebenfalls nicht geäußert. Tagung hat Herr Maill in seiner Rede die Frage des Lohnes und der Arbeitszeit behandelt, und zwar in der gleichen Art, wie wir es von der Vereinigung und ihren Vorsitzenden Herrn v. Borzigt auch gewohnt sind. Nicht durch Vorkerbungen, sondern nur durch erhöhte Leistungen und hierdurch ermöglichte Erhöhung der Arbeitsbedeutung könne eine Stärkung erzielt werden. Wir wollen durch eine Erhöhung der Leistung auf der Grundlage der Wertgesetztheorie zu höherer Reallohn gelangen, und wir lehnen die schematische Anwendung des Tarifsystems ab, weil usw. — Schon auf der vorigen Tagung des Reichsverbandes hatte Herr Maill sich gegen die analoge schematische Anwendung des Tarifsystems geäußert, womit er die „Wirtschaftliche Anwendung des Tarifsystems“ treffen wollte. Er verlangte die Abhebung und Abstellung der Löhne treffen wollte. Er verlangte die Abhebung der Löhne nach der Leistung des einzelnen, getreu aber in vorigen Jahre zu, daß es innerhalb dieser Begrenzung möglich sei, wenn hohe Reallohn erzielt werden und „damit die Kaufkraft aller Volkswirtschaften gehoben“ werde. — Ich finde also, daß Herr Maill sich voriges Jahr in Köln entgegenkommender geäußert hat als jetzt in Dresden. Seine jetzige Empfehlung der Wertgesetztheorie können wir doch auch nicht etwa als ein Eingeständnis an die Gewerkschaften annehmen, da jedermann weiß, daß der Gedanke der Wertgesetztheorie direkt im Gegensatz zu den Gewerkschaften steht. Ein Fortschritt erblicke ich dagegen in der diesjährigen Zielsetzung des Reichsverbandes zum 1. Oktober d. J. Noch in seiner bekannten Tendenz vom Dezember 1925 hatte der Reichsverband die Forderung aufgestellt, daß die „betriebliche Regelung“ im Einvernehmen mit der Volkswirtschaft nicht durch Tarifzwang gehindert werden dürfe und daß eine „internationale Schematisierung“ der Arbeitszeit, wie sie durch das Washingtoner Abkommen erreicht wurde, für die deutsche Wirtschaft „schädlich“ nicht in Betracht kommen kann.“ Diesen Standpunkt hat auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bisher stets vertreten. Demgegenüber beschränkt sich die neue Entschließung, die der Reichsverband jetzt auf seiner Dresdener Tagung gefaßt hat, auf eine Warnung „vor verfrühten Bindungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit.“ Es wird also nicht mehr die Schematisierung des Washingtoner Abkommens überhört abgelehnt, sondern nur vor einer „vorzeitigen Verabschiedung“ des geplanten Arbeitsschutzgesetzes gewarnt. Dementsprechend geänderte Anweisung Maill in seiner Dresdener Rede auch die Wendung: „Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein und muß sich dem Grundgedanken der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen.“ Herr Maill rednet also schon mit dem Achtstundentag und gebraucht nur noch einmal das alte und oft genug widerlegte Schlagwort von der schematischen Anwendung. Aber er fügte dann unmittelbar noch hinzu: „Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Volkswirtschaft darf durch öffentlichen Zwang weder unterbunden noch gehindert werden.“ Dieser Satz scheint mir entscheidend zu sein. Er hebt die in der Entschließung ausgesprochene Zustimmung zu der in einer späteren Zeit erfolgenden Schematisierung des Washingtoner Abkommens wieder völlig auf. Denn wenn mit der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes der gesetzliche Achtstundentag wieder eingeführt ist, bleibt für eine betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Sinne des Herrn Maill selbstverständlich kein Raum mehr.

Frage: Liegen Anzeichen dafür vor, daß die Unternehmer bei Preisbereitschaften aus der landesüblichen Zinnsänderung praktische Konsequenzen ziehen? In welchen Punkten ist eine Annäherung der Unternehmer an den gewerkschaftlichen Standpunkt festzuweisen?

Antwort: Aus der neueren Zeit vermag ich solche Anzeichen nicht anzuführen. In der Vorlesung wird der an sich natürliche Gegenwärtigen Unternehmerstand und Gewerkschaften auch trotz immer lebhafter werden. Ebenso können die Unternehmer ihre Stellung zur allgemeinen Sozialpolitik verhältnißmäßig nicht ändern zu wollen, wie die Dresdener Tagung neuerdings zeigt hat. — Herr Silberberg hat große Sorgen darüber geäußert, daß Deutschland zu einem „Vorkriegsstand“ zu werden drohe. Nach Herr Maill meine, der Staat dürfe nicht immer nur zu einer reinen „Vorkriegsstellung“ werden. Selbst Herr Tagung erhebt den Vorwurf, daß durch die Forderung der sozialpolitischen Ziele die schon weitgehende Selbstlosigkeit und Selbstverantwortlichkeit der einzelnen immer mehr untergeordnet werde. Die Unternehmer verweisen also die Forderung, daß die soziale Fürsorge ein „moralisch wie wirtschaftlich gleich berechtigtes Geschäft“ sei. Es ist nicht immer und rationelle Forderung der freien Märkte anzusehen. Nichts ist die soziale Forderung, es ist begründet, daß irgendeine Ursache für die angedachte Forderung von Löhnen können in Dresden vorabredet werden sind. In den sozialpolitischen Maßnahmen bestehen also die Gewerkschaften gegenüber dem Staat. Ebenso natürlich auch in den grundsätzlichen Verhandlungen, auf die ich bereits hingewiesen habe.

Frage: Wird an die Wiedererrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft gedacht?

Antwort: Für die Gewerkschaften muß ich diese Frage verneinen. Ich glaube aber auch nicht, daß dieser Gedanke bei den Unternehmern vorhanden ist.

Frage: Sollen die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Aufnahmearbeit in einer großen Kollision die sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Nachteile der Arbeitslosigkeit mit größerer Rücksicht auf Urlaub sichergestellt werden, oder nicht? Was die Wahrung der Arbeiterinteressen beher in den Fragen einer Expedition?

Antwort: Ich vermute kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergrößen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind. Wir haben die Regierung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse durch Beteiligung an der Regierung und direkte Einwirkung auf die Regierungsmassnahmen erstarbender Maßnahmen als durch Beherrschung in der Expedition. Die Entscheidung über diese Frage hat jedoch die Sozialdemokratische Partei zu treffen.

Frage: Kann es für die Arbeiterklasse eine Unterwerfung unter die Führung des Unternehmertums geben, wie sie Silberberg fordert?

Antwort: Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich halte die Wendung in der Rede Silberbergs auch für durchaus unzulässig. Denn wenn er, wie er es mit so großer Entschiedenheit ausgedrückt hat, die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei anstrebt, kann er unmöglich in Betracht kommen, daß wir uns der Führung des Unternehmertums unterwerfen sollen. Denn von einer Mitverantwortung konnte ja in diesem Falle nicht gesprochen werden.

Frage: Wie stellen sich die Gewerkschaften zu dem geforderten Verzicht auf den Klassenkampf, auf gemeinschaftliche Vorkerbungen und auf sozialpolitischen Fortschritt?

Antwort: Wir lehnen natürlich jeden solchen Verzicht ab. Der gegenseitige Kampf der Klassen ist eine ganz natürliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation und wird von den Unternehmern ebenso wie von den Arbeitern gefordert. Er hat für uns natürlich mit Klassenkampf nichts zu tun. — Was die gemeinschaftlichen Vorkerbungen anbetrifft, so finde ich, daß ihr Fortschritt auf zahlreichen Gebieten unterbunden ist, und ich glaube auch nicht, daß dieser Fortschritt aufgehoben werden kann. Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft mit allen Kräften zu fördern. — Ueber die notwendige weitere sozialpolitischen Fortschritt bezieht in den Gewerkschaften keinerlei Meinungsverschiedenheit. Sie werden auch nicht davon ablassen, mit der weiteren Erörterung ihrer Kräfte die Sozialpolitik weiter vorwärts zu treiben.

## Wie Herr Oberregierungsrat Leube vom Reichsarbeitsministerium den SPD auslegt!

Sie haben schon früher einmal an dieser Stelle auf das eigenartige Verhalten des Herrn Oberregierungsrats Leube, der vor etwa Jahresfrist zum Arbeitsreferenten im Reichsarbeitsministerium, Abt. Arbeiterfragen, ernannt worden ist, hingewiesen und der Behauptung Ausdruck gegeben, daß Schritte mit ihm und den Arbeitsreferenten ganz unannehmlich sein würden.

Am 1. Juni 1926 ist der neue SPD in Kraft getreten, dem Herr Leube in vier Wochen erschienen in den ersten Reichstagsdebatten eine Rede gehalten hat, die alles bis jetzt Tagelange in den Zeitungen und in der Praxis eine ununterbrochene Kette von Tatsachen darstellt. Alle Bemerkungen unerseits, Herrn Leube von dem Unsinne seiner Handlungs-

weise abzuhalten, und alle Schritte, die manchen dem zu bezeichnen, eine Botschaft an den Reichstagspräsidenten einbringen, haben an dem Reichstag und Herr Leube sich nicht beteiligen wollen, aber in Urlaub und wendete sich nach Ende des Reichstags nach dem Reichstag durch den 1. Juni 1926, und auf Grund seiner bestimmten Anweisung, eine der 14 Reichstagsdebatten eine Rede gehalten von 12 bis 14 Uhr pro SPD gehalten haben. Nachdem auf diesen Rede mit Herrn Leube eine Rede gehalten zu ergeben war, haben die in Rede kommenden Sachverhalte nachfolgendes Schreiben an das Reichsarbeitsministerium gerichtet und dem Reichsarbeitsministerium als Antwortkontraent Antwort dieses Schreibens ebenfalls zugehen lassen:



Berlin 28. 66, 20. August 1926

Herrn Reichsverkehrsminister Dr. Meißner, persönlich.

Herr Minister! Nach unglücklichen Verhandlungen der Organisations-

Herr Minister, zu bitten, die notwendigen späteren Verhandlungen und

Da aber die Verhältnisse im Bezirk Bremen, wo vorwiegend

Ter den Arbeitern gewährte Lohn ist abgestuft nach dem Beschäftigungs-

Alle unsere Bemühungen in der letzten Woche, Herrn Oberregierungs-

Wir haben dann zu unserem großen Leidwesen in Erfahrung

Der Reichsverkehrsminister W. II. P. 7. 3633.  
Berlin W 66, den 6. September 1926.

Auf das Schreiben vom 20. August 1926.

Bei der gespannten Geschäftslage im Reichsverkehrsministerium ist mir im jetzigen Augenblick leider eine eingehende Stellungnahme zu Ihrer Beschwerde über die Anwendung des LZV nicht möglich. Ich werde Ihnen weiteren Bescheid übersenden, sobald der 3. St. abwesende für die Bearbeitung des Tarifvertrages zuständige Referent zurückgekehrt ist.

Wir können wohl verstehen, daß es unter Umständen für eine Behörde schwer sein dürfte, in Streitfragen über den Kopf des geschäftsführenden Referenten hinweg eine Entscheidung zu treffen. Wenn wir in diesem Falle aber für das Verhalten des Herrn Stapenhorst ebensowenig Verständnis haben wie für das eingangs geschilderte Verhalten des Herrn Leube, so deswegen, weil der Sachverhalt rechtlich durchaus geklärt ist. Denn schließlich steht doch einmündig fest, daß die Lohnabelle (Anlage 2 des Tarifvertrages) weder fertiggestellt noch darüber verhandelt worden ist und doch — soweit uns bekannt ist — in solchen Fällen bis jetzt von allen Rechtsinstanzen immer dahin entschieden wurde, daß eben — solange nichts Neues vereinbart ist — das Alte weiter zu gelten hat.

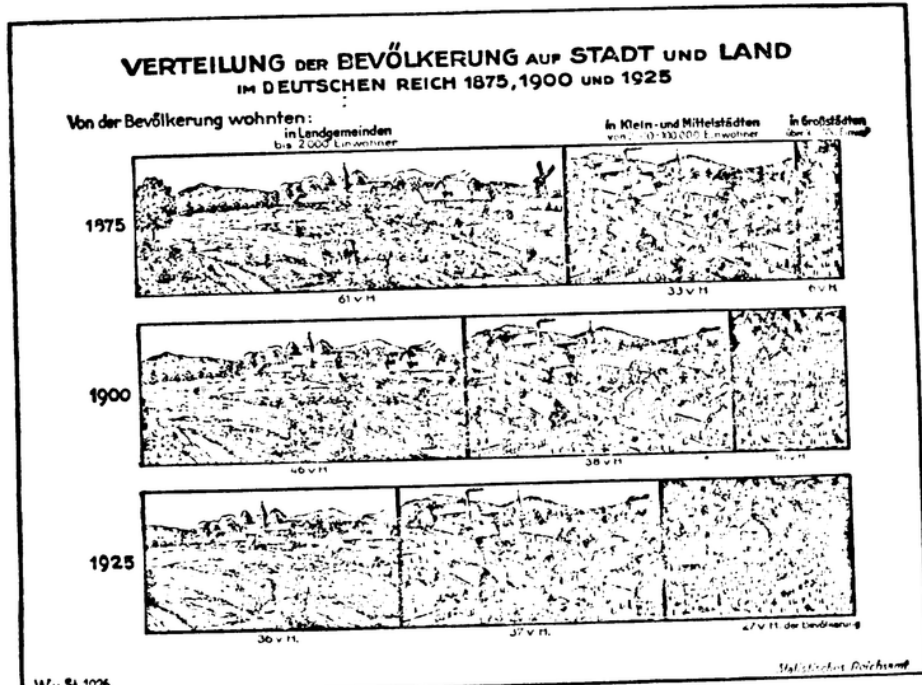
Aber selbst wenn über die Rechtsfrage beim Reichsverkehrsministerium noch Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, dann hätte zum mindesten aus sozialen und Billigkeitsgründen dafür gesorgt werden müssen, daß man in der jetzigen Zeit nicht einfach willkürlich dem Arbeiter eine Lohnkürzung von 12 bis 15 Pf. pro Stunde zufügt. Dieser Vorgang ist ein solch ungeheurer Skandal, daß die deutsche Sprache zu arm erscheint, um ihn richtig zu charakterisieren.

Nach von uns angeforderten Ermittlungen ist der Reichsverkehrsminister unterdessen nach Berlin zurückgekehrt und Herr Leube, sein Untergebener, der zurzeit im Schwarzwalde wandert, soll ebenfalls Ende dieses Monats nach Berlin zurückkehren. Wir dürfen wohl erwarten, daß dann die von den Organisationen nachgesuchten Verhandlungen nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Dort werden wir dann Gelegenheit nehmen, dem Herrn Minister klipp und klar den Nachweis zu führen, daß mit Methoden, wie sie Herr Leube anzuwenden beliebt, das zwischen Tarifkontrahenten notwendige gegenseitige Vertrauen auf das empfindlichste gestört wird, zum Schaden nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Verwaltung. Et.

### Die graphische Darstellung in der Statistik

III. (Schluß)  
Zu den symbolischen Schaubildern müssen wir auch das nächste rechnen. Es stellt die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land im Deutschen Reich für die Jahre 1875, 1900 und 1925 dar. Wir bemerken eine fortwährende Zunahme der Großstadbevölkerung, und zwar von 1875 bis 1925 um 21 Prozent;

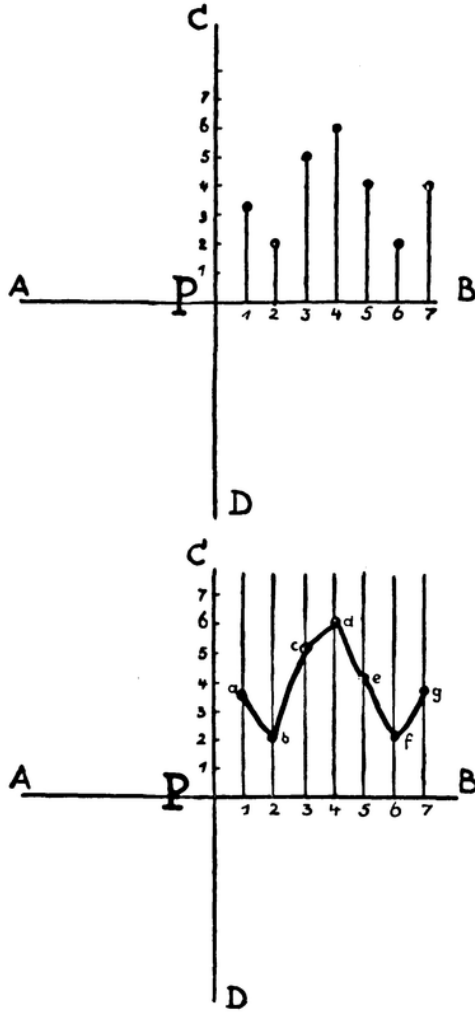
und Allernotwendigste, etwa eine graphische Zusammenstellung einiger Jahresbilanzen und Erfolgsrechnungen, wie man sie in Handelsblättern vorfindet. Zum besseren Verständnis diene eine kurze theoretische Erklärung des Liniendiagramms. Auf der Abszissenachse AB — des Achsenkreuzes ABCD — werden vom Punkte P aus Abschnitte von gleicher Länge abgetragen und an den so



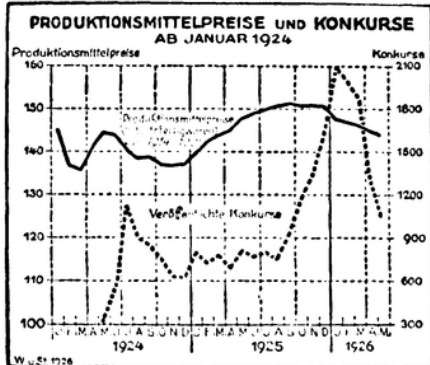
Die Abnahme der Landbevölkerung dagegen beträgt in derselben Zeitspanne 25 Prozent. Wenig berührt bleibt hiervon die Kleinstadt, die 1900 5 Prozent zunahm, 1925 jedoch wieder 1 Prozent einbüßte.  
Wenden wir uns jetzt dem am gebräuchlichsten, nämlich dem Liniendiagramm, zu. Die Betriebswirtschaft privater und öffentlicher Betriebe wendet die bisher erwähnten Formen von Diagrammen weniger an. Sie haben nicht den richtigen Eingang in Rechnung, Handel und Bank gefunden. Allerdings macht im Handel die Bekanntschaft eine räumliche Annäherung. Der Grund mag wohl darin zu suchen sein, daß man interne Vorgänge im Betriebe gern für sich behält. Der Außenstehende erfährt nur das Wenigste

gefundenen Punkten 1, 2, 3, 4, 5, 6 usw. Entzerrten (Ordinaten) errichtet, deren wechselnde Höhe die statistischen Zahlen ausdrücken sollen (Siehe nebenstehendes Bild). Man kann aber auch umgekehrt von der entzerrten Abszissenachse CD ausgehen. Das so gewonnene Diagramm nennt man Strichdiagramm. Verbindet man die Endpunkte — der Deutlichkeit halber sind sie mit den Buchstaben a, b, c, d, e, f bezeichnet — so erhält man das Kurvendiagramm (Siehe vorletztes Bild). Kurven- und Strichdiagramme sind nur dort anwendbar, wo ein stetiger Verlauf in einem Strichdiagramm ganz vermaglich wäre. Handelt es sich aber um mehrere Zeiträume, einen längeren Zeitraum hindurch, so wird man immer das Kurven-

Diagramm anwenden müssen. So sind z. B. Fieber-, Temperatur-, Gewichtstabellen, die in der Krankenpraxis Anwendung finden, immer Kurvendiagramme, weil hier eine kontinuierliche, temporale,



auf gut Deutsch zeitlich beständig fortlaufende Bewegung in Erscheinung tritt. Ein praktisches Beispiel wird dies verständlicher machen. Aus der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ entnehmen wir die



In dem vorstehenden Kurvendiagramm sehen wir den zeitlichen Verlauf der Produktionsmittelpreise der Industriefertigwaren. Ausgangsdatum ist der Monat Juli 1914, wo der Index dieser Preise = 100 ist. Die Produktionsmittelpreise schwanken also gemäß obigem Bilde zwischen 30—50 Punkten über dem Vorkriegsindex. Die Konkurse für diese bestimmten Produktionsmittelpreise erreichen im Monat Januar 1926 ihren Höchststand. Dann gehen sie wieder mächtig zurück. Solche Kurvendiagramme wird der Leser schon des öfteren gesehen haben. Sie sind das Alpha und Omega aller Betriebsunternehmen und der Kellamenschleute. Ich erinnere hier an eine bekannte Zigarettenfabrik, die mit einem solchen Kurvendiagramm ihren hohen Umsatz dem Publikum klarzumachen versucht.

Damit haben wir in knappen Zügen das Gebiet der graphischen Darstellung in der Statistik erschöpft. Zum Schluß möchte ich nicht verfehlen als Literatur ein kleines Büchlein zu erwähnen. In dem Bändchen Nr. 341 der Sammlung aus Natur und Geisteswelt wird der hierfür interessierte Leser weitere Anregung finden, zumal der Inhalt dieses Buches in seinem ganzen Aufbau und als Ergebnis eines Volkshochschulkurses allen verständlich ist und viel Originelles bietet.  
Dr. Chr. P e s c h, Köln.

## Bildungsarbeit

### Ferienkurs für den Wirtschaftsbezirk Rhein-Main in der Emmershäuser Mühle (30. August bis 5. September)

Wieder konnten wir einen Kursus in einem Heim abhalten, das der Arbeiterchaft gehört. Und wie in den übrigen, so waren wir auch hier glänzend untergebracht und versorgt. So können wir die Emmershäuser Mühle allen, die ihre Ferientage angenehm verbringen wollen, aufs angelegentlichste empfehlen (Adresse: Ortsauschuss des A.G.B., Frankfurt a. M.). Zu dem Heim kam die wundervolle Umgebung: Wald, ein entzückendes Wiesental, ein Bach, der Gelegenheit zum Baden gibt. Nicht umsonst muß dies hervorgehoben werden, denn der Kursus hatte ja die große und nicht leichte Aufgabe, Erholung mit ernster, geistiger Arbeit zu verbinden. Und dazu ist erste Voraussetzung, daß in bezug auf Umgebung, Unterkunft und Verpflegung alle Anforderungen erfüllt sind. Schauen wir zurück auf die nur zu rasch verlaufene Woche, so können wir sagen, daß jene Aufgabe erfüllt zu sein scheint. Freilich hat mancher Kursus Teilnehmer nicht geglaubt, daß man soviel geistig aufnehmen und doch noch den Feriengedanken verwirklichen kann. Zu den ersten Vorträgen des eigentlichen Unterrichts kamen an zwei Abenden Vorträge unterhaltenderen Charakters. Wesentlich dafür, daß die Kursus Teilnehmer eine so angenehme Erinnerung an diese Woche mit nach Hause genommen haben, dürfte auch der Nachmittag sein, den wir zu einem Ausflug, verbunden mit einer Besichtigung des Nassauischen Volksanatoriums in Weilmünster, benutzten haben. Eine heitere Veranstaltung schloß sich an, bei der die Kursus Teilnehmer mitwirkten, bis wir mit Lampions, Arbeiter- und Wanderlieder singend, heimzogen durch Wald und Dörfer, in denen unser Gelang die Bauern ans Fenster zog, die staunten, wie draußen die Vertreter der neuen Zeit froh und zukunftsgerichtet vorübermarschierten. 5.

### Zu unseren Bildungscursen

erhalten wir eine Zuschrift, aus der wir folgendes wiedergeben: „Als Teilnehmer des Kursus Nr. 6 in Chorin konnte ich feststellen, welches Wissen der Mensch in kurzer Zeit bei systematischer Geistesarbeit in sich aufnehmen kann. Alle Kursus Teilnehmer fügten sich wie selbstverständlich in die Arbeitsgemeinschaft ein. Es fehlte nur bei der knappen Zeit die Möglichkeit zur genügenden Aussprache über das Gehörte. Diese notwendigen Debatten über die praktische Anwendung des gebotenen Wissens tragen außer den schriftlichen Aufträgen besonders zur Vertiefung der erworbenen Kenntnisse bei. Sie bringen auch die Beteiligten näher zusammen. Bei den späteren Kursen müßte dies beachtet werden. — Die Notwendigkeit der Sommerferienkurse ist erwiesen. Die bisherigen Erfahrungen werden diese zur ständigen Einrichtung in unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit machen. Dazu will ich noch einige Anregungen geben. Die Kurse müssen spezialisiert werden. Dabei sind die diesjährigen Kurse als Anfängerkurse zu betrachten. Bei späteren Spezialkursen muß die Auswahl auf Grund der vom Kursleiter gemachten Beobachtungen erfolgen. Unbedingt muß auch die Wirkung der Kurse auf die Tätigkeit der betreffenden Kursus Teilnehmer in ihrer gewerkschaftlichen Position beobachtet werden. Das Wissen, welches die Gewerkschaft ihren Mitgliedern vermittelt, muß ihr unter allen Umständen und damit der gesamten Arbeiterklasse zugute kommen. Praktische Anwendung seiner im

Kursus erlangten Kenntnisse für die Gewerkschaftsbewegung ist Pflicht eines jeden Kursteilnehmers. Von diesem Gesichtspunkt ist die Auswahl bei späteren Spezialkursen zu betrachten. Dann macht es sich notwendig, einen besonderen Kursus für weibliche Vertrauensleute zu schaffen. Wir müssen in unserem Verbandesleben immer wieder beobachten, daß in der Regel ein Mangel an weiblichen Funktionären besteht. Gerade in Betrieben, die vorwiegend weibliches Personal haben, macht sich dieser Mangel zum Schaden unserer Agitation unter dem weiblichen Personal deutlich bemerkbar. Dieser Mangel sollte durch besondere Kurse zur Heranbildung weiblicher Vertrauensleute festgestellt werden. **Willy Kobl. Berlin**

◆ **Beamte** ◆

**Beamtenkonferenz in Düsseldorf.** Am 5. September 1926 fand im Volkshaus zu Düsseldorf eine Vertreterkonferenz der Beamtenabteilung unseres Verbandes statt. Neben einer Anzahl vom Verbandsvorstand bestimmten Delegierten aus dem Reich nahmen auch die zur Reichskonferenz für das Gesundheitswesen delegierten Beamtenvertreter und die gleichfalls anwesenden Gauleiter an dieser Tagung teil. Einziger Beratungsgegenstand war: „Der künftige Aufbau unserer Beamtenabteilung.“ Koll. Stetter berichtete über die Einigungsverhandlungen des Verbandsvorstandes, die RDK I und den Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner gemeinsam mit unserer Beamtenabteilung zu einer einheitlichen Organisation im Rahmen unseres Verbandes zusammenzufassen. Nachdem diese Bestrebungen, wie die Verbandstage der beiden vorgenannten Organisationen gezeigt haben, nicht verwirklicht werden konnten, sind wir gezwungen, unsere Beamtenabteilung entsprechend auszubauen. Zu diesem Zwecke wurde der Konferenz ein von einer kleinen Kommission gemeinsam mit dem Verbandsvorstand ausgearbeiteter Satzungsentwurf vorgelegt, der nach kurzer Diskussion und Abgehen von einigen kleinen redaktionellen Änderungen die Zustimmung der gesamten Konferenz gefunden hat. Unsere Beamtenabteilung wird nach diesen Beschlüssen künftig den Namen: „Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Verwaltungen (R.B.A.)“ Mitgliedschaft im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“, führen. An der Spitze des Reichsbundes steht eine Reichsleitung, die sich zusammensetzt aus den Kollegen: Stetter als ersten Vorsitzenden. Leon. Berlin — der gleichzeitig auch zum Beamtensekretär gewählt wurde —, als zweiten Vorsitzenden, ferner die Kollegen Schünemann, Tabbert und die Kollegin Adam, Berlin, als Beisitzer. Außerdem der Redakteur Dittmer der Beamten-Gewerkschaft mit beratender Stimme. Neben der Reichsleitung besteht ein Reichsbeirat, bestehend aus den Kollegen: Raumburger, Dresden (Ersatzmann: Förster, Dresden); Guitan Rasch, Tappau (Ersatzmann: Erich Marzahl, Breslau); Georg Moser, München (Ersatzmann: Georg Kummel, Vöhr a. M.); Georg Waldvogel, Stuttgart (Ersatzmann: Reich, Freiburg); Reuter, Köln (Ersatzmann: Hamburger, Offenbach); August Warth, Uchspringe (Ersatzmann: Kemnath, Trierode); Robert Schünemann, Berlin (Ersatzmann: Paul Tabbert, Berlin). Bezirk Nordwest (Hamburg) wird der Name noch bekanntgegeben. — Beschlossen wurde ferner, ab 1. Januar 1927 die „Beamten-Gewerkschaft“ vierzehntägig als selbständiges Organ erscheinen zu lassen. Durch die neuen Satzungen ist der Gesamtverband und seiner Satzungen eine größere Bewegungsfreiheit gegeben, die sich auch darin auswirkt, daß an Stelle der Wochenbeiträge Monatsbeiträge erhoben werden können. Die Kollegenschaft muß nun unermüdlich tätig sein zur Stärkung der Organisation.

**Verbandstag der RDK I.** Die RDK I hielt vom 3. bis 5. September in Nürnberg ihren 3. Verbandstag ab. Von unserm Verband nahmen teil die Kollegen Becker und Stetter, der letztere gleichzeitig im Auftrage der RDK-Arbeitsgemeinschaft. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat über „Demokratie und Beamtenchaft“ des Oberbürgermeisters Dr. Luppe. Dr. Böcker vom ADG referierte dann über „Bildungsrecht und Besoldungsrecht“ und Dr. Falkenberg, der Bundesvorsitzende des ADG, über „Beamtenwirtschaftspolitik“. Neben diesen Referaten nahm der Verbandstag noch Stellung zum Geschäftsbericht des Vorsitzenden, zum Klassen- und Preisbericht, zur Berufsausbildung und schließlich für die Beamtenchaft maßgebenden Fragen. Bedauerlicherweise ist auch auf diesen Verbandstag genau so wie auf dem des ADG die von uns im letzten Jahre betriebene Verkleinerung des Besoldungsrechts nicht stimmentlich behandelt worden. Anstatt diesen Punkt als besonderen Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu stellen, ging der Vorsitzende mit einigen Sätzen darüber hinweg. Die Kollegen Becker und Stetter haben dann auch in ihren Ausführungen auf diese einseitige Behandlung der Besoldungsfrage hingewiesen und vor allen Dingen keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Verkleinerung der drei Organisationen zu einer selbständigen Organisation unabhängig von unserm Verbande nicht zu denken ist.

Trotzdem ist die Angelegenheit nicht aufgehoben, sondern höchstens aufgeschoben. — Die Einigungsverhandlungen des ADG mit dem ADG, über die wir an anderer Stelle berichten, werden auch der deutschen Kommunalbeamtenchaft in allerfrühester Frist mit äußerer Notwendigkeit zeigen, daß nur mit vereinten Kräften organisatorische Erfolge errungen werden können.

◆ **Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter** ◆

**Zahlung der Dienstprämien.** Der Reichsverkehrsminister ließ unter dem 7. September 1926 — W II P 8 3638 — einen Erlaß an seine Verwaltungsstellen herausgehen, der, da er im Einklang mit dem Reichsminister der Finanzen aufgestellt ist, auch für die Arbeiter der übrigen Reichsressorts Geltung hat:

„Der Reichsverkehrsminister. Berlin, den 7. Sept. 1926. W. II. P. 8. 3638.“

Es ist die Frage aufgeworfen worden, unter welchen Voraussetzungen bei Gewährung der Dienstprämien für Reichsarbeiter nach 25-jähriger und längerer Dienstzeit die von den betreffenden Arbeitern etwa früher abgelaufenen Dienstzeiten miteinberechnet werden können. Zur Erzielung einer einheitlichen Entscheidung bestimmte ich, daß künftig nach den folgenden von dem Herrn Reichsminister der Finanzen im Einklang mit den übrigen Reichsressorts eingehenden Richtlinien zu verfahren ist:

Die Zahlung der Dienstprämien ist grundsätzlich von der Zurücklegung einer ununterbrochenen 25-jährigen oder längeren Reichs dienstzeit im Falle nicht anzunehmen: 1. bei Wechsel der Dienststelle bei derselben Zugehörigkeit der Reichsverwaltung in ununterbrochener Tätigkeit, 2. bei Wechsel der Dienststelle innerhalb der Reichs- oder Staatsverwaltungen mit Zulassung oder nach Ausübung der Ausrittspflicht mit einer Zwischenzeit bis zu vier Wochen, wobei die Zwischenzeit nicht angerechnet wird. Die im ununterbrochenen Dienst der Vonder abgeleitete Dienstzeit kann jedoch nur mit angerechnet werden, sofern diese Vonder bei Gewährung einer Dienstprämie an ihre Arbeiter die im Reichsdienst zurückgelegte Zeit gleichfalls zur Anrechnung bringen, wie beispielsweise Preußen, 3. bei Urlaub auf Grund des Familienrechtes, 4. bei Erkrankung für die Dauer des gesundheitsmäßigen Anspruchs auf Krankengeld und eines etwa eingeleiteten erweiterten Arbeitsjahres, 5. wenn ein Arbeiter von der Dienstleistung ohne Lohnzahlung entbunden wird, 6. wenn ein Arbeiter wegen Mangels an Arbeit entlassen oder wegen Krankheit oder Unfall dienstunfähig wird und nach befristeter Zeit einer Dienststelle der Reichsverwaltung wieder eingestellt worden ist.

In den unter Ziffer 3-6 genannten Fällen gilt die Dienstzeit mit der Prämie als ununterbrochen, daß im Falle 3 die Urlaubszeit, in den Fällen 4 und 6 nur die vor dem Entlassungstage liegenden Zeiten der Dienstunfähigkeit bei Berechnung der Dienstzeit zu berücksichtigen sind; die übrigen Zwischenzeiten in den Fällen 4, 5 und 6 werden bei der Berechnung nicht mitgezählt. — Wenn der Unterbrechung des Dienstverhältnisses durch den Reichsdienst bzw. wegen Ausübung der zivilen Mobilität und Fernstudien liegenden Zeit des Beurlaubten oder des Beurlaubten keine ich auf meinen Kundbrief vom 15. April 1926 — W II. P. 8. 1281 — Bezug. — Was die geldrechtliche Behandlung der Prämie auf Grund der Dienstprämien in allgemeinen betrifft, so habe ich in dem eingekommen Kundbrief vom 15. April 1926 angeordnet, daß die Prämie als rückzahlbar regelmäßig für das anstehende Kalenderjahr unverändert werden sollten. Bei mit dieser Regelung beabsichtigt, die rechtliche Bewilligung der Dienstprämie, insbesondere aber auch die Möglichkeit der rechtzeitigen Auszahlung der Dienstprämie, d. h. am Jubiläumstage des einzelnen Beamten nicht erreichen lassen, weil die vorgeschriebene Einreichungsfrist nicht eingehalten worden war. Auch jetzt liegen die zum 1. September d. J. fällig gewordenen Prämien noch nicht sämtlich vor, ebensowenig die anderfalls zu erstattende Nebenprämie. Unter diesen Umständen ermag ich auf die Einreichung von Nebenprämien, die ich geachtet hatte, aus Gründen der Geschäftsverbindung nach einer gewissen Übergangszeit weglassen zu lassen, soweit noch nicht zu verfahren. Ich bitte, für die Fälle die Einreichung fristen (1. Dezember, 1. März usw.) auf jeden Fall einzuhalten oder im Falle einer unvermeidbaren Verzögerung einen Reiterbericht mit kurzer, aber zureichender Begründung vorzulegen. — Zur die Zentralbehörde, wo die Prämien aus dem gesamten Geschäftsbereich des Reichsministeriums zusammenlaufen, muß weiterhin an der weitestgehenden Rechenschaftspflicht gehalten werden. Sichtlich würde es sich empfehlen, daß die Mittelbehörden zur Einreichung vollständiger Prämien des Reichsministeriums von sich aus für ihre Beamten eine Rechenschaftslegung im Falle der Mittelbehörden, d. h. halbjährlich und gegebenenfalls für das gesamte Rechnungsjahr einreichen und dabei auf die Einhaltung der Bestimmungen verzichten, wie ich es auch, als die Prämien mit die zureichende Zeit, wie ich ermahne, inoffiziell schriftlich beantragt worden sind, es sich fortan also nur von die letzten Prämien noch handelt.

Ich bitte, die Sache ich zur Kenntnis mit dem Erlaß zu versehen, für den Fall, daß die Mittelbehörden noch den gleichen Umständen gefällig zu verfahren. **Dr. A. von Staackhoff.**

Es ist Aufgabe unserer Beamten- und Funktionäre, dafür zu sorgen, daß entsprechend den Bestimmungen überall verfahren wird.

### Verkehrsbetriebe

Nürnberg. (Autofallen) Wiederholt werden Führer von Kraftwagen und Motorrädern, die sie als Besitzer oder Angestellte fahren, mit einem Strafbefehl beaufschlagt, weil sie da oder dort zu schnell gefahren seien. Dimalts kann sich der Fahrer auf sein „Vergehen“ gar nicht mehr erinnern. Er wird auf die Polizeiwache bestellt und erzählt hier, daß er am laundstovielsten durch einen Einspruch gegen die Polizeistrafe zu schnell gefahren zu sein. Ein Einspruch gegen die Polizeistrafe ist zwecklos, wenn der Beschuldigte um die angegebene Zeit an dieser Stelle gefahren ist, weil der oder die Polizeibeamten bestimmen, daß sie eine bestimmte Strecke mit der Stoppuhr gemessen haben und daraus die Geschwindigkeit des Fahrzeuges festgestellt haben. Dimalts ist die Differenz zwischen der zulässigen Fahrgeschwindigkeit und der von den Polizeibeamten festgestellten so gering, daß es dem Kraftfahrer gar nicht möglich ist, den Gegenbeweis zu liefern. Außerdem stehen dann die notwendigen Kosten für Rechtsanwalt und Sachverständigen in gar keinem Verhältnis zur Geldstrafe, weil selbst bei einem Freispruch diese Kosten vom Fahrer zu tragen sind. Dieser Umstand darf unter gar keinen Umständen bestehen bleiben oder sich gar weiter ausbreiten. Alle Kraftfahrer und ihre Organisationen sollten mit allen Mitteln darum kämpfen, daß diese Verhältnisse aus der Welt geschafft werden. Wir wollen den rücksichtslosen Schnellfahrern nicht das Wort reden, aber die Polizei sollte doch bedenken, daß einerseits der Kraftwagen doch dazu geschaffen wurde, als schnelles Verkehrsmittel zu dienen und es vollständig falsch ist, die notwendige Entwicklung des Kraftverkehrs durch unnötige Polizeimaßnahmen aufhalten zu wollen, daß andererseits in der Regel Kraftfahrer bestraft werden, die sich eines Vergehens gegen die Polizeivorschriften nicht bewußt und zum Teil Angestellte sind, die nicht ihren eigenen Wagen fahren. Wie ungerecht die Bestrafung durch solche Autofallen wirken, dafür zwei Beispiele:

Ein städtischer Quersitzfahrer Kraftfahrer fährt einen städtischen Beamten in einem Dienstwagen bei einer Dienstreise durch die Dirschau-Rohlfen bei Pappenheim im vorgeschriebenen Tempo von 30 Kilometer pro Stunde. Nach 8 Tagen wird er auf eine Nürnberger Polizeiwache geladen und ihm mitgeteilt, es müssen seine Personalien festgestellt werden, da er am . . . mit 38 Kilometer Geschwindigkeit durch Rohlfen gefahren sei. Er gibt zu, an dem Tage dort gewesen zu sein, betritt aber ganz entschieden, mehr als 30 Kilometer gefahren zu sein. Er beruft sich auf seinen Tachometer. Nebenfalls wurde er an Ort und Stelle nicht angehalten und wurde ihm von zu schnellem Fahren nichts gesagt. Es wird ihm gesagt, daß zwei Polizeibeamte mit der Stoppuhr die Schnelligkeit festgestellt hätten. Nach weiteren zwei Wochen kommt prompt der Strafbefehl. Wie kommt nun eine solche Feststellung der Geschwindigkeit zustande? In der Regel werden zwei Polizeibeamte die Länge einer bestimmten Distanz feststellen oder auch nur annehmen oder sie stellen sich in der Nähe eines Kilometersteines auf. Dann werden die Stoppuhren eingeleitet. Wenn nun die zwei Uhren wirklich Präzisionstoppuhren sind und keine gewöhnlichen Taschenuhren mit Sekundenzeigern und die Beamten wirklich in der Lage sind, eine genaue Zeit zu nehmen, so ist es vielleicht möglich, bei einem Wagen die Geschwindigkeit festzustellen. Wenn aber die Beamten ausziehen und eine Autofalle stellen, so wollen sie nicht nur einen Fahrer strafen, sondern möglichst viele. Zu diesem Zweck muß der Beamte nicht nur die Zeit ablesen, stoppen kann er sie in diesem Falle nicht, sondern er muß auch die Nummer des Wagens feststellen und beides aufschreiben, denn sonst kann er ja seine Zeit mit der zweiten Beamten nicht vergleichen. Der zweite muß dasselbe tun. Dabei spielt 1 oder 2 Sekunden und 5 bis 10 Meter auf beiden Seiten eine große Rolle. Nehmen wir an, daß die Beamten 200 Meter gemessen haben, der erste hat die Zeit erst abgelesen, als die Mitte des Wagens 5 Meter über den Start hinaus war, und der zweite, als die Mitte des Wagens noch 5 Meter vom Ziel entfernt war und beim Ablesen auf beiden Seiten eine Differenz von je 1 1/2 Sekunden vorhanden ist, so ist das Resultat 200 Meter in knapp 19 Sekunden = 38 Kilometer pro Stunde. In Wirklichkeit hat der Fahrer nur 190 Meter gefahren und 22 Sekunden gebraucht = 30 Kilometer pro Stunde.

Diese Differenzen sind sehr leicht möglich. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß, wenn mehrere Wagen hintereinander fahren, der eine der beiden Beamten die Zeit hinter eine falsche Nummer schreibt oder umgekehrt, die Nummer hinter eine falsche Zeit. Beim Ausrechnen der Geschwindigkeit müssen dann Fehler entstehen. Das zweite Beispiel ist noch interessanter. In Nürnberg sollen durch die Polizei die Personalien eines Motorradfahrers festgestellt werden, der an einem Sonntag, weit von Nürnberg entfernt, angeblich zu schnell gefahren ist und abgestoppt wurde. Dabei stellte sich heraus, daß die von den Beamten festgestellte Nummer nicht die Nummer eines Motorrades, sondern die eines Fackelwagens ist. Dieses ist nachweisbar an diesem Tage nicht aus der Halle gekommen. Nun haben wir in diesem Falle die Polizeibeamten nicht ein Motorrad mit einem Fackelwagen verwechselt, sondern nur eine Nummer. Wenn aber die falsche Nummer nun zufällig ein Motorradfahrer hätte, der nicht durch mehrere Zeugen bewiesen

konnte, an diesem Tage nicht in dieser Gegend gewesen zu sein und dieser Beweis ist sehr schwer zu erbringen, so hätten die Beamten in gutem Glauben geschworen und der Motorradfahrer wäre verurteilt worden. Das Stellen von Autofallen hatten wir für ungerecht und für die bayerische Polizei für unwürdig. In anderen Teilen Deutschlands sind uns Autofallen nicht bekannt. Es gibt so viele gesetzliche Bestimmungen und Polizeivorschriften, daß man die wirklich rücksichtslosen Fahrer auf andere Weise fassen kann. Bei einem Fahrer, der seinen eigenen Wagen im Werte von 10 000 Mk. führt, spielt ja eine Geldstrafe keine Rolle, wohl aber bei einem Arbeiter, der als Beruf einen Wagen führt; hier muß die ganze Familie darunter leiden. Wir erwarten von der bayerischen Staatsregierung und vom Bayerischen Landtag, daß er diese unhaltbaren Zustände aus der Welt schafft.

### Landstraßenwärter

Vom „Deutschen Wegewärterverband“. In der Rheinprovinz bestand bis vor einiger Zeit ein Provinzialverband der rheinischen Wegewärter, der sich jetzt den stolzen Namen „Deutscher Wegewärterverband“ zugelegt hat. Schon der Name dieses neuen Verbandes verpflichtet keinen Vorsitzenden, einen Herrn Leonhard aus Elbern im Hunsrück, über seine bisherigen Grenzpfähle hinaus zu pilgern und keine gewerkschaftlichen Erfolge zur Schau zu stellen. Bei dieser Pilgerfahrt aus dem Hunsrück kommt er naturgemäß zuerst nach Westfalen und hier gelang es ihm, eine größere Anzahl Wegewärter, die früher restlos bei den Christen organisiert waren, für sein Splittlerorganisationszweck einzufangen. Unsere biederen Westfalen, nüchtern und trocken wie sie nun einmal sind, wollen natürlich auch hier und da einmal etwas Greifbares von diesem Verbänden haben; da muß sich denn der Herr Vorsitzende aus dem Hunsrück von Zeit zu Zeit schon selbst einmal in den Versammlungen der einzelnen Landesbauämter in eigener Person vorstellen, damit die Mitglieder auf ihre Rechnung kommen. So war es denn auch am 12. September. Für diesen Tag hatte Herr Leonhard die Kollegen des Landesbauamtes Dortmund zu einer Zusammenkunft nach Sauerbrunn geladen; Mitglieder der Lohnverhandlungskommission waren gleichfalls erschienen, um über die letzte Lohnbewegung zu berichten. Da wir nun im Bereich des Dortmund-Bauamtes auch einige Mitglieder unserer Organisation beschäftigt haben, wollte der Geschäftsführer unserer Dortmund-Filiale an der Versammlung teilnehmen. Herrn Leonhard und seinem getreuen Fridolin Herrn Antbe aus Metheide i. W. gefiel das aber nicht. Es gelang ihnen unter Ausbietung einer großen Schimpfkanonade gegen die Zentralgewerkschaften die Zusammenkunft in eine „Mitgliederversammlung“ des „Deutschen Wegewärterverbandes“ umzumodeln. Jetzt konnten sie über den letzten Lohnabschluss „berichten“, ohne Kritik vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu erfahren. Um jedoch unsern Kollegen im Lande einen Heberbüßel über diese Lohnbewegung zu geben, sei mitgeteilt, daß ein Stundenlohn für das Landesbauamt Dortmund von 53 Pf. mit der Provinzialverwaltung vereinbart wurde. Dagegen erhalten die Wegewärter der Landkreise Dortmund und Hörde auf Grund der von den Zentralgewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge 73 Pf. Stundenlohn. Diese eine Gegenüberstellung beweist schon zur Genüge, warum der Herr Vorsitzende des Deutschen Wegewärterverbandes einer Ausschreibe mit unserm Organisationsvertreter aus dem Wege ging. Die Wegewärter der Provinz Westfalen werden zu gegebener Zeit diese Manöver auch noch durchschauen lernen und Herrn Leonhard mit seinem Splittlerverbänden die gebührende Antwort geben. Die Kollegen in den übrigen Provinzen seien jedoch vor diesen Quereibern gewarnt, damit nicht auch bei ihnen solche glänzende Lohnschlüsse gang und gäbe werden. Auch die weitab vom großen Massenbetriebe beschäftigten Provinzialwegewärter gehören in die moderne Gewerkschaftsbewegung und das ist in diesem Falle nur der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Heidelberg. Die Kreisstraßen- und Wegewärter des Kreises Heidelberg besaßen sich am 12. September in Einsheim a. El. in einer stark besuchten Versammlung mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Gauleiter Bürker-Karlsruhe behandelte die Organisationsfrage der Wärrer in Baden, die bei der Durchsetzung von Forderungen auf Verbesserungen der Lohnverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung ist. Als Mitglied des Kreisrates war Kollege Kilger anwesend. Er wies unter anderem auf den Zustand der Straßen hin, der durch den gewaltig gesteigerten Autoverkehr noch weiter verschlechtert wird. Er verlangte einen Zuschuß vom Reich an die Kreise zur Herstellung der Straßen. In bezug auf die vorliegenden Anträge, die auf eine Verbesserung der Lohnverhältnisse der Wärrer hingingen, versprach Kollege Kilger nach Kräften dafür einzutreten. In der Diskussion führten die Wärrer bittere Klagen über die unzureichende Entlohnung und die Behandlung seitens einzelner Vorgesetzten. So kommt es nicht selten vor, daß Wärrer mit ihrem eigenen Gelde arbeiten, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Beim Verlangen von Hilfskräften erhalten sie die Antwort, der Kreis habe kein Geld. Die Versammlung beauftragte die Organisationsleitung, alle Vorbereitungen zu treffen, um eine Erhöhung der Lohnbesätze durchzusetzen. — Für die Gemeinde- und Kreiswahlen im November werden die Wärrer in drei Bezirksversammlungen zu



Allein bist du nichts...



Bereint, eine Macht!

fammengerufen werden, um mit ihnen die Beteiligung an den Wahlen zu besprechen. Es wurde noch beschließen, an den Kreisrat den Antrag zu stellen, den Wählern Anspruch auf ein Los Obst zu geben.

### Aus unierer Bewegung

**Dortmund.** Den Bekandskollegen wird noch in Erinnerung sein, wie erbittert im Frühjahr 1924 die Bezirksarbeitgeberverbände für die Verlängerung der Arbeitszeit kämpften. Es soll hier nicht auf die einzelnen Abwehraktionen dieser Kampfperiode eingegangen werden, es sei nur eine Begebenheit erwähnt, um den Zusammenhang der folgenden Darlegungen zu verantwortlichen. Im März und April 1924 erzielte der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden Schiedssprüche, die für das Industriegebiet die neunstündige Arbeitszeit festlegten. Mit Hilfe der kommunalen Körperschaften wurde verschiedentlich versucht, den Austritt aus dem Arbeitgeberverband zu ermöglichen, um durch Sonderabkommen den Achtstundentag aufrecht zu erhalten. So wurde unter anderem auch in Dortmund ein solcher Antrag von der SPD-Fraktion gestellt und vom Plenum der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Der Dortmunder Magistrat verlagte jedoch diesem Beschluß die Zustimmung. Er erklärte sich, gleich dem Arbeitgeberverband, für die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung. Die neunstündige Arbeitszeit wurde darauf in allen städtischen Betrieben Dortmunds eingeführt und besteht heute noch. Wir waren deshalb nicht wenig erstaunt, als wir die nachfolgende Verfügung des Magistrats vom 6. Juli 1926 zu Gesicht bekamen.

**Petr. Einhaltung des Achtstundentages bei städtischen Bauausführungen.** Mit Rücksicht auf die große Zahl von erwerbslosen Bauhandwerkern hat der Magistrat in seiner Sitzung vom 20. v. M. beschlossen, in Verträgen über städtische Bauten und in Hauszinssteuerhypothekverträgen die Bestimmung aufzunehmen, solange in Dortmund eine erhebliche Anzahl von erwerbslosen Bauhandwerkern vorhanden ist, unter normalen Baubedingungen den Achtstundentag einzuhalten. Bei bereits laufenden Verträgen ist nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß die bereits genannte Bestimmung befolgt wird. Es wird dringend ersucht, für genaue Beachtung dieses Beschlusses Sorge zu tragen.

Also in den eigenen Betrieben die neunstündige Arbeitszeit und bei den an Unternehmer vergebenen Arbeiten Durchführung des Achtstundentages. Wir wollen nun diesen Magistratsbeschuß nicht nach der bekannten Zweifelhaftheit glorifizieren, sondern annehmen, daß die in Dortmund in großem Ausmaße bestehende Erwerbslosigkeit dem Magistrat zu denken gibt. Wir hoffen, daß die Stadtverwaltung ihren ganzen Einfluß beim Bezirksarbeitgeberverband geltend macht, damit auch für die Gemeindebetriebe die Arbeitszeit auf acht Stunden herabgesetzt wird, um die Erwerbslosigkeit zu vermindern und weitere Arbeitskräfte einstellen zu können.

**Fritz I. B.** Die Rikale konnte in der ersten Septemberwoche auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand am 11. September eine Jubiläumfeier statt. 40 Kolleginnen und Kollegen erhielten für 25jährige treue Mitarbeit ein Ehrendiplom ausgereicht. Der Vorsitzende Karl Spahn berichtete über die Entwicklung unseres Verbandes im allgemeinen und über die Entwicklung der Rikale im besonderen. Generalsekretär Kemmer hielt die Jubiläumrede. Er wies auf alle Schwierigkeiten hin, welche sich bei Gründung und Entwicklung des Verbandes ereignet hatten. Mit Stolz stellte er fest, daß alle Schichten der Mitglieder an dem ge-

schlossenen Willen der Kollegen, die frühzeitig den Wert der Organisation erkannten, zuzuhilfen wurden. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Jungen auf, im Sinne der Alten weiterzuarbeiten und das von diesen Begonnene zum Nutzen der Arbeiterschaft zu vollenden. Die Glückwünsche des Ortsausschusses für die 25. Jahrestagung überbrachte Genosse Sperber, der darauf hinwies, welche günstigen Verhältnisse in den Staats- und Gemeindebetrieben herrschen und wie diese durch die Organisation erfolgreich bekämpft wurden. Genosse Teichmann überbrachte die Glückwünsche der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion. Das gefällige Auftreten der bayerischen Delegation brachte es mit sich, daß mancher Sonderwunsch nicht in Erfüllung gehen konnte.

**Delsnig I. C.** Am 14. September fand in Delsnig i. C. die Gründungsfeier einer neuen Zentrale statt. Sie umfaßte die Orte Delsnig i. C., Lugau und Hohndorf. Generalsekretär Laßig hielt einen Vortrag über das 25jährige Bestehen der internationalen Gewerkschaftsbewegung und streifte die historische Entwicklung unserer Organisation. Hierauf fand die Wahl der Ortsverwaltung statt. Es wurden einstimmig gewählt: als Vorsitzender Paul Tuschkerer, als Kassierer Paul Hauslein, als Schriftführer Johann Knödel.

### Kundschau

**Trintwaller und Touristik.** Die Stadt Wien erhält ihr unvergleichlich wohlsmekendes und gesundes Trintwasser aus den Kalkalpen. Die ältere der beiden Hochquellenleitungen kommt aus dem Raxgebiet, die neuere aus den Wildalpen bei Admont im Gesäuse, d. h. jenem Gebirge, durch welches die Enns brauend und schäumend vom westöstlichen in den südnördlichen Lauf durchbricht. Die Rax, ein Kalkmassiv von über 2000 Metern Seehöhe, ist von jeher, wegen seiner Höhe, das meistgesuchte Übungsgebiet für die Wiener Hochtouristen. Nun ist auch eine Seilbahn auf das Raxplateau in Betrieb genommen und die schon bis jetzt stets zunehmende Gefahr einer Verunreinigung der Hochquellen für das Wiener Trintwasser wird durch die Erleichterung des Zugangs mit der Bahn noch gewaltig gesteigert. Deshalb hat die Gemeinde verschiedene Umgebungsgebiete der Quellen für jeden Verkehr sperren und sonstige Schutzmaßnahmen treffen müssen, die den Gemeindehaushalt mit 10.000 Schilling (6000 Mark) belasten. Selbstverständlich bedeuten die Sperrgebiete im Vergleich zu den freigebliebenen gar nichts, ebenso selbstverständlich ist aber ein idiotisches Geheiß gegen die Gemeinde, das aber rasch aus seiner Sinnlosigkeit verstummen wird. Die Rax-Hochquellenleitung führt, teils unter der StraÙe, auch auf hohem Stadtdach mäandrische Taleinschnitte übergehend, nördlich nach Wien. Die Stadtverwaltung hat bereits einer ganzen Reihe kleinerer Industriegebäude, Kadeerte und Sommerfrischen den Wasserbezug aus der Hochquellenleitung zu billiger Gegenleistung gestattet.

### Briefkasten

„Technik und Wirtschaft“ Nr. 10 erscheint erst mit Nr. 41 der „Gewerkschaft“, da in Nr. 40 die Abrechnung der Hauptkasse erfolgt.

Verlag: Die Gewerkschaften, Berlin, Wilhelmstr. 10. Druck: Die Gewerkschaften, Berlin, Wilhelmstr. 10. Redakteur: Emil Zillmer, beide Berlin SO. 33. E. L. 11. 11. 11.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

„Die freie Gewerkschaft“, das offizielle Mitteilungsblatt des ADGB, Crikaustrich Groß-Gamburg, hat aus Anlaß der internationalen gewerkschaftlichen Werkbeweise eine verstärkte Agitationsnummer herausgebracht, die in Bild und Schrift einen eindrucksvollen Lebensbild gibt über die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Aus dem Inhalt nennen wir die nachfolgenden Artikel: „Zweck und Aufgaben der Gewerkschaften“ von Theodor Seipart, „Warum eine internationale Werkbeweise der freien Gewerkschaften?“ von Emil Dittmer, „Arbeiterinnen und Gewerkschaftsbewegung“ von Gertrud Hanna, „Die internationale Bedeutung des deutschen Betriebsrätegesetzes“ von H. Körpel, „Die gewerkschaftliche Internationale“ von Job. Cassenbach, „Die Bedeutung der Genossenschaften für die Gewerkschaftsbewegung“ von Heinrich Kaufmann, „Der Weg der Gewerkschaften“ von Fritz Karnow, „Die Einheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ von Josef Kman, „Gewerkschaftsarbeit ist Kulturarbeit“ von Peter Graßmann, „Die Gewerkschaften im Wirtschaftskampf“ von Paul Ufermann, „Jugend und Gewerkschaften“ von B. Raschke, „Warum muß der Beamte und Staatsangestellte freigewerkschaftlich organisiert sein?“ von Ministerialrat a. D. Albert Falkenberg. Wir wollen hoffen, daß diese Artikel die nötige Beachtung nicht nur in dem Bezirke von Hamburg und Umgebung finden, sondern daß sie auch in weiteren Kreisen Deutschlands aufmerksam studiert werden.

Interessante Aufsätze mit Abbildungen bietet das Septemberheft des „Kosmos“, Handweiser für Naturfreunde. Insbesondere sei auf nachstehende Artikel hingewiesen: „Die Serodiagnostik der Pflanzen“ von Dr. Hans Braun, „Nobensee und Rheinhochwässer“ von Oberstleutnant Prof. C. Deutsch, „Tischgüter Saabab“, „Afrikanische Studie von Josef Wera, „Einkaufsalte“ von Dr. F. Krände, „Aus der Mängelerie der Witasse“ von Dr. Kilgus, „Der innere Aufbau der Sterne“ von C. Hoffmeister, „Aus einer spanischen Wüste“ von Dr. S. v. Dörflinger, „Koboldreiche des Unterwiesens“ von Hans Julliger, „Mittelmeerarten gibt es“ von Dr. phil. H. H. Schilder, „Die Saatkrähe“ von Dr. S. Fride, „Zwei australische Wandtiere“ von Dr. S. Fioride. — Als Buchbeilage erschienen: „Die Abkammung der Runk“ von Wilhelm Bölsche.

Was bedeuten die Wirren in China? Diese Frage beantwortet die nächste Monatschrift „Jelten und Völker, das Weltpanorama für Jedermann“, deren August- und Septemberhefte uns vorliegen. Ueber Geschichte, Geographie, Staatsleben, über Menschen aller Zeiten und Erdteilen, über alles, was einen nach Wissen strebenden lebhaften Geist interessiert, gibt die schöne, reichbebilderte Monatschrift Aufschluß. Jeder braucht sie also! Denn jeder muß heute wissen haben: Wissen ist Macht und ohne Macht geht man im heutigen Lebenskampf unter. Vierteljahrsbeitrag (wovon Feste im Jahre) nur 1,20 M. (Schw. Fr. 1,60). Probehefte werden gratis abgegeben.

Zeitschrift für alle. Verlag Dietz u. Co., Stuttgart, Pfaffenstr. 7. — Das August- und das Septemberheft geben prächtige Ueberblicke über die neuen technischen Erfindungen und machen den Lesern sowie den Techniker auf manches Beachtenswerte aufmerksam. Vor allem liegt diesmal auch wieder die schöne, kostengünstige vierteljährliche Buchbeilage bei: „Pionier der Radiotechnik“ von dem technischen Schriftsteller Hanns Günther. An Hand von 24 kurzen Biographien hervorragender Erfinder, zu deren jeder Billy Brand ein glänzendes Porträt zeichnete, wird darin die Entwicklung des Rundfunks dargestellt. Jeder braucht diese Zeitschrift mit ihrem reichen Bilderschatz. Denn wer will sich nicht auf dem gesamten Gebiet der modernen Technik auskennen, die heute Krumpfs ist? Preis im Vierteljahr mit gebotener Buchbeilage 2,25 M. (Schw. Fr. 2,80), mit gebundener Buchbeilage 2,90 M. (Schw. Fr. 3,60). Es werden im Jahre 12 Hefte und 4 Buchbeilagen geliefert. Probehefte werden gratis abgegeben.

**Bekanntmachung über Beschaffung von Fahrrädern**

Es ist wohl in weiteren Kreisen bekannt, daß die Angehörigen der Deutschen Reichspost und des Berliner Magistrats mit der Lindcar-Fahrrad-Werke A.-G., Berlin-Lichtenrade, Verträge auf Lieferung von Privat-Fahrrädern abgeschlossen haben. Grund zu diesen Abschlüssen war der Wunsch, den Angehörigen dieser Behörden den Bezug eines guten Fahrrads zu Bedingungen, die den einzelnen Besteller wirtschaftlich möglichst wenig belasten, zu ermöglichen. Die Raten sollten daher die Höhe des Fahrgeldes, das von den Abnehmern bisher doch für ihre Fahrten zur Dienststelle bezahlt werden mußte, nicht überschreiten.

Dadurch, daß den Vertragspartnern von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, die für die Durchführung der Lieferverträge notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt wurden, können auch die Räder ohne jede Anzahlung gegen wöchentliche Raten von 3 M. bzw. gegen monatliche Raten von 15 M. abgegeben werden.

Die Verkaufspreise, die von den Vertragspartnern festgelegt wurden, sind ebenfalls, da irgendwelche Zuschläge für Risikoprämien nicht eingerechnet wurden und die Zinsen außerordentlich niedrig sind, als sehr günstige zu bezeichnen.

Es ist nunmehr durch Bereitstellung weiterer Mittel auch allen Gemeinde- und Staatsarbeitern Gelegenheit geboten, die besten bewährten Lindcar-Fahrräder zu oben genannten günstigen Bedingungen zu erwerben. Gleichzeitig kommen sie in den Genuß der neuen ermäßigten Verkaufspreise. Diese sind von den Vertragspartnern infolge Senkung der Preise der für den Fahrradbau benötigten Rohmaterialien wie folgt festgesetzt worden:

- Herrnfahrrad Modell 1, Innenstützung mit Glodenlager, extra stark 115 M.
- Herrnfahrrad Normal-Modell 2, Außenstützung mit Keillager 112 M.
- Herrnfahrrad Modell 3, Außenstützung mit Keillager, extra stark 115 M.
- Reinrad Modell 5, unser bewährtes und beliebtes Modell 145 M.
- Damenfahrrad Modell 6, Innenstützung mit Glodenlager 123 M.
- Damenfahrrad Normal-Modell 7, Außenstützung mit Keillager 120 M.

Die Räder sind mit erstklassiger Bereifung (Continental prima) gutem Felgenreif mit Radrücktrittbremse (Zorpedo oder Rotag nach Wahl) und prima Lederzeug ausgestatteter Werkzeug, Nahnempumpe und Glode werden kostenlos mitgeliefert. Die Verpackung- und Frachtkosten trägt die Firma. Auf alle Räder gibt die Lindcar Fahrrad-Werke A.-G. eine schriftliche Garantie von 3 Jahren.

Wie die postalische Fachzeitschrift „Post und Telegraphie“ mitteilt, sind auf Grund des oben erwähnten Vertrages an Postangestellte allein in den letzten 4 Monaten über 10.000 Lindcar-Fahrräder zum Versand gekommen. Ueber die Güte der Fahrräder soll nach den der Firma außerordentlich zahlreich zugegangenen Anerkennungschriften zu urteilen, allgemeine Zufriedenheit unter den Abnehmern herrschen.

Es wird darauf hingewiesen, daß es für den Bezug von Fahrrädern nur erforderlich ist, an die Lindcar-Fahrrad-Werke A.-G., Berlin-Lichtenrade, eine von der Dienststelle beglaubigte Beschäftigungsbcheinigung und eine eigenhändig vollzogene Verpflichtungserklärung zur Ratenzahlung einzusenden. Die Fabrik sendet daraufhin das bestellte Fahrrad verpackungs- und frachtfrei an die Adresse des Bestellers. Gegen Vorlage obengenannter Beschäftigungsbcheinigungen können die Räder auch direkt in der Fabrik in Empfang genommen werden. Formulare für Beschäftigungsbcheinigungen und Verpflichtungserklärungen sowie illustrierte Kataloge werden jedem auf Anfordern von der Firma kostenlos zugesandt.

**Salamander Fußarzt**  
 für empfindliche Füße  
 Der Schuh für Eisenbahner  
 Gepäckträger und Arbeiter

**Salamander**

Soeben erschien das große Kassettenwerk:

## Berliner Geschichten und Bilder

Vier Bände in Großquart-Format (19 1/2 x 26 cm) auf bestem holzfreien Papier gedruckt. Jeder Band in Ganzleinen (mit Goldpressung) gebunden. In gemeinsamer Kassette vereinigt, mit etwa 100 Seiten Text und 350 Bildern im Offset- und Kupferdruckverfahren von

Heinrich Zille / George Grosz / Kaethe Kollwitz  
Preis der Kassette: Mk. 38,—

Inhalt der Kassette: Erster Band: H. Zille, Berliner Geschichten und Bilder / Zweiter Band: H. Zille, Zwischen Spree und Panke / Dritter Band: George Grosz, Spießer-Spiegel / Vierter Band: Das Kaethe Kollwitz-Werk.

Die Bände sind auch einzeln lieferbar und kosten Band I Mk. 8,—; Band II Mk. 10,—; Band III Mk. 13,—; Band IV Mk. 7,—. (F)

Zu beziehen durch  
**Abteilung Bücher und Schriften**  
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

### Bei uns Schuhe kaufen heißt Geld sparen.

Wie immer erhalten Sie bei uns Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen. (F)

Größte Auswahl in Damen-, Herren- und Kinder-Artikeln.  
**F. Potolowski Nachf., Berlin**  
Gr. Frankfurter Str. 141 (Ecke Fruchtstr.)



Am 1. Oktober beginnt der 3. Jahrgang der beliebten

## URANIA

Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre mit Beihilfern „Der Leib“ und „Soziales Wandern“ in verbesserter Ausstattung, ihr Inhalt wie bisher populärwissenschaftlich, von anerkannt guten, bestens bekannten Mitarbeitern. Sie ist und bleibt auf diesem Gebiete die billigste, beste und leicht faßlichste Lektüre für jeden denkenden, fortschrittlich gesonnenen Menschen.

Die Buchbeigaben des neuen Jahrgangs:  
Ueber Erscheinungen, Bestimmung und Wesen des Geschlechts . . . . . Prof. Dr. Julius Schaxel  
Einführung in die materialistische Geschichtsauffassung . . . . . Prof. Theodor Hartwig  
Im Schweiß deines Angesichts Dr. J. Eisenstädter  
Ueber Elektrifizierung . . . . . Dr. Rudolf Lämmel  
Vierteljährlich 3 Hefte und 1 Urania Buchbeigabe  
Ausgabe A (mit broschiert. Buchbeigabe) Mk. 1,60  
Ausgabe B (Buchbeigabe in Ganzleinen) Mk. 2,25

Bis 31. Oktober  
**Preisausschreiben**  
Prämien in bar und Trostpreise im Gesamtbetrag von  
**1000.— Mk.**  
Niemand veräume, sich sofort Gratis-Prospekt geben zu lassen von

**Urania-Verlagsgesellschaft m.b.H.**  
Jena, Spitzweideweg 719

### Komplettes Küchenbesteck

5 Essstäbchen  
5 Elmschalen  
5 Kaffeelöffel  
5 Tafelmesser  
1 Nähnemesser  
1 Küchenmesser  
1 Messerschärfel  
1 Brotmesser  
1 Löffel und Gabel  
fein pol. Martin-  
stahl, verziert mit  
silberähnli. Glanz.  
Wesser la Stahl  
20 Essgeschälte mit 5-Mk.  
u. Port. geg. Nachh.  
Garant., Zurböck.  
Katal. uns. Waren  
gratis und franko  
Schuhwerk-Fabrik  
und Versandhaus  
E. von den Steinen & Co.  
Wald-Salgen 6

### Reklamepreis nur 4 Mk.



echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52, stark verziert, u. 30 stündige Werk, ganz repariert, kostl. . . . . nur 4,00 Mk.  
Nr. 53 dieselbe mit Silber . . . . . nur 4,50 Mk.  
Nr. 51 dies. sehr verziert u. Goldrand u. Schma. . . . . nur 5,00 Mk.  
Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk . . . . . nur 6,50 Mk.  
Nr. 58 mit Springl., ganz verziert . . . . . nur 12,00 Mk.  
Nr. 39 Damenuhr, verziert, mit Goldrand . . . . . nur 7,50 Mk.  
Nr. 79 dieselbe, kleines Format . . . . . nur 10,00 Mk.  
Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 18 Stun. . . . . nur 20,00 Mk.  
Metall-Uhrspindel . . . . . nur 0,25 Mk.  
Panzeruhr, verziert, 6,50 Mk., echt verziert nur 1,50 Mk.  
echt verziert 2,00 Mk., Goldschmuckkette . . . . . nur 5,00 Mk.  
Nr. 47 Armbrustuhr mit Rosen . . . . . nur 12,00 Mk.  
Nr. 44 dieselbe, vierfache Form mit besserem Werk . . . . . nur 3,50 Mk.  
Wacker, prima Uhrmacher  
Währsch-Str. 224, Zeisener Str. 3

9 Pfund  
**Holländische Käse**  
für 6,55  
Vollkornkäse  
Die mit diesem Käse hergestellten  
Käse-Produkte sind in allen  
Käse-Fabriken erhältlich

Heimarbeit vergibt  
P. Heiter, Breslau Hb.  
Kein Plakat  
Rotes Federdeckbett  
u. Kissen 28,—, extra  
breit 36,—, Vers. m.  
Nachn. Nichtig Betrag  
retour. Kirchberg,  
Bettendorferstr., Berlin  
W., Badensche Str. 10

### NEUE GÄNSE-FEDERN

Alle Federn sind tadellos gewaschen und gereinigt, wie man sie von der Gans ruft mit allen Daunen . . . per Pfd. 3,50 u. 4,50  
Da. Halbdaunen 5,75 u. 6,50  
Dreiviertel Daunen 7,50 u. 8,75  
weich zart. Daun. la 11,50 u. 10,—  
mit der Hand gerissene  
Federn und Daunen 5,— u. 4,—  
sehr gute, welche 8,50 u. 9,75  
weiß Daunenschleiß 0,25 u. 0,25  
Versand geg. Nachn. Rückzahl. nicht zurück.  
J. Gruppe, Neustrotzblm 2 c (Hörbruch)  
Alt. Versandh. f. Gänse- u. Bettfed. Gebr. 1841

### Radio auf Miet!

Nur Weimar Markt  
Nach 6 Monaten ihr Eigentum / Detektor,  
Röhrenempfänger, Lautsprecher  
Kostenlos Vertreterbesuch  
**Lorenz & Schneider, W 62,**  
Kurfürststr. 114.

Kernfeste Menschen  
voll Kraft und Schmalz  
gibt Dr. Hübeners Lebensjag  
Schachtel 1.— Mk. in Apotheken u. Drogerien

### MONATLICHE TEILZAHLUNG! Elegante Herrenkleidung



fertig und nach Maß zu soliden Preisen.  
Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.  
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl.  
Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter  
Damenmoden nach Maß. (F)

**Julius Fabian** Maß-  
schneiderei  
Berlin, Gr. Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage

Mitglieder 2/3 Rabatt

### STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.  
**KOCH & SEELAND G.m. BERLIN**  
Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893

### Verblüffend billig ist die Teilnahme an Rundfunk

Für 10.— Mark monatliche Miete  
Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Schahörer  
einschl. Antenne u. kostenl. Ueberwachung. — Nach 6 Monaten ihr Eigentum.  
Sprechmaschinen od. eine inkl. Platten und Nadeln  
zu ganz besonders vorteilhaften bequemen Bedingungen.

**12 Schallplatten in elegantem Album.**  
Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3.75 p. Platte  
**6 Monatsraten à Mark 8.00** (F)

Unverbindliche Vorführung: W. Uhländstr. 27 (Laden). S 42, Ritterstr. 11 (Hof).  
Geöffnet täglich von 8—7. — Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch.  
**Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.**  
Berlin S 42, Ritterstr. 11. — Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.